

Liebe Freundinnen und Freunde

Diese Ausgabe von PAX AN schicken wir per Briefpost an die Mitglieder der DFG-VK in Bayern und an die UnterstützerInnen des Helmut-Michael-Vogel Bildungswerkes. Eine längere Fassung, mit weiteren Berichten und Mitteilungen und Kommentaren zur Kriegslage wird es nur online geben. Ein Hinweis darauf geht per Mail an die Mitglieder der DFG-VK, deren Mail-Adressen wir haben, und an weitere Mailadressen von InteressentInnen (ca. 400).

Die Tarifbestimmungen der Deutschen Post ermöglichen jetzt eine „Dialogpost Easy“ (mind. 500 Adressen, für 47 Ct pro Brief). Damit sparen wir deutlich Portokosten und Papier gegenüber einem Versand an 3000 Adressen von Mitgliedern und InteressentInnen, den wir jahrelang praktiziert haben.

Der Krieg in der Ukraine

dauert nun schon fünf Monate. Seit der sog. Annexion der Krim haben wir von einem neuen Kalten Krieg gesprochen und statt „Schritte zum Krieg“, Schritte zum Frieden gefordert.

Daher beschäftigen wir uns in diesem PAX AN mit dem Krieg und unseren Reaktionen als pazifistische Organisation. (Siehe die Erklärung des LV zur Ukraine, S. 6, Material und Webinar soziale Verteidigung, S. 3)

Erfreulicherweise können wir im ersten Halbjahr ca. 25 Neue Mitglieder in der DFG-VK Bayern begrüßen, die durch ihren Beitritt unsere Position und unsere Arbeit unterstützen.

Nach meinem Kommentar „Zeitenwende“ im PAX An 1-22 gab es auch kritische Zuschriften und 2 Austritte. Als Friedensorganisation in der Bundesrepublik Deutschland ist deutsche Politik (und damit die NATO) unser wichtigster Bezugspunkt. Wir haben den Einmarsch Russlands klar verurteilt und es liegt uns fern, die Verhältnisse in Russland bezüglich Demokratie und Menschenrechte zu beschönigen. Der Vorwurf einer „Putinophilie“ (Vgl. Zuschriften auf Seite 2) geht insofern daneben.

Danke an alle UnterstützerInnen und SpendeInnen!

Thomas Rödl, Sprecher DFG-VK Bayern

Pazifismus in der Diskussion

Liebe Freundinnen und Freunde

Wir verurteilen den Einmarsch Russlands in die Ukraine und fordern den Rückzug der russischen Truppen. Wir fordern einen sofortigen Waffenstillstand und Verhandlungen für eine politische Lösung.

Das sind hilflose Appelle an die überlegene Militärmacht. Aber die wird solange Krieg führen, so lange sie dazu in der Lage ist und sich einen Vorteil davon verspricht.

Die Ukraine könnte natürlich auch etwas anderes tun. Sie könnte den militärischen Widerstand beenden und erklären, dass sie die Souveränität der Ukraine ab sofort mit politischen Mitteln, mit zivilen und gewaltfreien Mitteln verteidigen wird.

Damit würde sie die Bevölkerung besser schützen als mit der militärischen Verteidigung, und sie würde die weitere Zerstörung der Städte und der Infrastruktur verhindern.

Das ist die radikale pazifistische Position: Einseitige Abrüstung und soziale Verteidigung. Diese Position hat keine Mehrheit in der Friedensbewegung; und auch wir haben diese Ziele irgendwo versteckt in Programmen und Positionspapieren und quasi-realistische Forderungen gestellt. Eben: Abrüstungsschritte, Rüstungskontrolle, Abschaffung der Atomwaffen, Beachtung des Völkerrechts, und, last not least, keine Ost-Expansion der NATO, Beachtung der Neutralität der Ukraine! Und damit: Be-

rücksichtigung der Sicherheitsinteressen Russlands. Diese realpolitischen Forderungen waren und sind wohl Konsens in der Friedensbewegung. Diese haben ja darauf abgezielt, eine Konfrontation zwischen NATO und Russland zu vermeiden.

Jetzt gibt's in manchen Medien eine ganz merkwürdige Diskussion über Pazifismus – nachdem unsere realpolitischen Forderungen ignoriert wurden.

Jetzt wird im Feuilleton ein „Pazifismus“ geprägt, der ja so gut wie keinen Einfluß auf die Realpolitik hatte und hat.

Vielleicht entwickelt sich doch eine gewisse Nachdenklichkeit über Sinn und Zweck der militärischen Verteidigung der Ukraine. Wir wenden uns gegen alle Maßnahmen zur Verlängerung des Krieges und wir wenden uns gegen das gigantische Aufrüstungsprogramm der Bundesrepublik Deutschland.

(Grußwort und Einleitung zur Veranstaltung von Thomas Rödl am 14.6. 2022 im Eine-Welt-Haus in München. Thema war „Was tun gegen Milliardenaufrüstung und Krieg“, Referent Lühr Henken)

Die Erklärung zum Ukraine Krieg des Landesverbandes der DF-VK findet sich hier: <https://www.no-militar.org/index.php?ID=14> und in der online-version auf S. 6

Leserbriefe zur Polemik gegen den Pazifismus von MdB Lambsdorff in der langen Version auf S. 7 und 8



Der Verteidigungskrieg der Ukraine wird generell als gerechter Krieg betrachtet. Die Wirkung der modernen konventionellen Waffen führt diese Vorstellung ad absurdum.

Kriegsschäden in Mariupol, 12.3. 2022; Creative Commons Attribution 4.0 International License; Quelle Regierung Ukraine: mvs.gov.ua

Briefe und Mails an uns:

Sehr geehrte PazifistInnen, ich bin immer ganz begeistert von Ihren Informationen PAX AN. Auch dass zum Krieg immer 2 gehören und im aktuellen Fall die Ukraine kapitulieren und verhandeln müsste fand ich nur schlüssig und lobenswert. Gerne bekomme ich Ihr Infoblatt per Post. Wenn das weiterhin so möglich wäre bin ich sehr dankbar. Vielen Dank! In Leidenschaft für Frieden auf der Welt. (Axel St.)

Sehr geehrte Mitglieder der Friedensinitiative, ich habe eine Frage: was tun Sie gegen die Konfrontation der Nato gegen Rußland? Wo sind die Friedensdemonstrationen? Was ist aus der Friedensbewegung geworden? Ich sehe schöne Reden, aber keine Taten.

Gerede statt Aktion! Ich möchte etwas tun, aber ich sehe keine Kraft, die Mut beweist und den Kampf aufnimmt und die Friedenswilligen, die in der Mehrheit sind, bündelt. Woran liegt das? Warum sind Sie nicht in der Lage, etwas zu bewegen und Menschen zusammenzuführen, die gemeinsam gegen den Krieg vorgehen? Ich verstehe es nicht. Vielleicht können Sie mir das erklären?

Mit freundlichen Grüßen Marion M.

Der Kampf für Frieden hat Priorität - gelingt er können ALLE anderen Fragen und Probleme gelöst werden. Gelingt das nicht, kommt es zum großen Knall, wie von USA/NATO-Militärs gewollt ist - brauchen wir keine Fragen und Probleme mehr zu lösen - dann endet die menschliche Existenz auf diesem Planeten! Günter W.

Abschrift aus der Austrittserklärung von Jürgen B., Nürnberg:

.....
Was mir jedoch nicht passt ist die Putinophilie, die seit mehreren Jahren in Äußerungen und Beiträgen von Vertretern der DFG-VK immer wieder zum Ausdruck kommt. Man kann nicht jahrelang das Verhalten eines Autokraten und Diktators beschönigen, und wenn er dann einen Krieg vom Zaun bricht, diejenigen zu den Bösen erklären, die ihn in die Schranken weisen wollen. Liebe Friedensfreund_innen, das ist bigott. Da fühle ich mich bei meiner Arbeit für Amnesty International wohler, wo ich nicht Wladimir Putins Untaten beschönigen muss, sondern mich für die Opfer seiner Politik... <es folgen 6 Namen...> einsetzen kann. ... Ich hoffe dass Ihr Euch weiter für den Frieden einsetzt, aber bitte ohne Bigotterie. Jürgen B., Nürnberg

Helmut Michael Vogel 100 Jahre

Am 6.7.1922 wurde Helmut Michael Vogel geboren. Zur Würdigung seiner Leistung und zu seinem Andenken wurde das Bildungswerk für Friedensarbeit und Völkerverständigung der DFG-VK Bayern benannt.



Helmut-Michael Vogel war ein herausragender Vertreter des politischen Pazifismus in der Bundesrepublik Deutschland. 1922 geboren, wurde er mit 17 Jahren Soldat. Er gehörte dem „Stalingrad-Jahrgang“ an, der wie kein anderer in den Schlachten des zweiten Weltkrieges dezimiert wurde. Vogel erlitt schwere Verwundungen, überlebte aber den Krieg.

Nach 1945 arbeitete er als Bildreporter, Fachfotograf und Kameramann. Ab 1958 beteiligte er sich führend am antimilitaristischen Widerstand des „Jahrgangs 22“, dessen Überlebende für die Bundeswehr rekrutiert werden sollten. Vogel organisierte die „Kameradschaft 22“, die später geschlossen zur „Internationale der Kriegsdienstgegner“ (IdK) übertrat. 1961 wurde

er Vorsitzender des IdK-Kreisverbandes München, zwei Jahre später bayerischer Landesvorsitzender und Bundesvorsitzender der IdK.

In den 60er Jahren wirkte Helmut-Michael Vogel wesentlich beim Aufbau der Bewegung gegen den Vietnamkrieg mit. Er engagierte sich auch für den Zusammenschluß der IdK mit der „Deutschen Friedensgesellschaft“ (DFG), der 1968 beschlossen wurde. Die DFG-IdK fusionierte 1974 mit dem „Verband der Kriegsdienstverweigerer“ (VK) zur DFG-VK. Bis zu seinem Tode 1979 blieb Vogel Bundesvorsitzender der DFG-VK (zusammen mit Klaus Mannhardt).

Helmut-Michael Vogel hat viele FriedenskämpferInnen mit seiner starken Persönlichkeit inspiriert und motiviert. Seine Hauptanliegen waren die Einigung der antimilitaristischen Bewegung und die Politisierung des Pazifismus. Er setzte sich ein für den Zusammenschluß aller pazifistischen Verbände, für die Organisation aller KriegsgegnerInnen und für die Verknüpfung von Kriegsdienstverweigerung und politischem Engagement.

Die individuelle Verweigerung des Militärdienstes und das Eintreten für Abrüstung und Völkerverständigung charakterisiert den politischen Pazifismus, der nach Vogels Überzeugung nur in dieser Verbindung Wirksamkeit entfaltet. Diesem politischen Pazifismus fühlt sich auch das Helmut-Michael-Vogel Bildungswerk verpflichtet.

Heute ermöglicht ein Förderkreis von ca. 40 FriedensfreundInnen, meist Mitglied der DFG-VK, die Finanzierung eines Hauptamtlichen Friedensarbeiters, der auch die Arbeit des Landesverbandes unterstützt.



Stalingrad 1942: Erfolgreiche Rückeroberung

Soziale Verteidigung

An einem „Webinar“, das ist ein Seminar über Konferenzschaltung im Internet, haben über 100 Personen (aus dem ganzen Bundesgebiet) teilgenommen.

Auf Anregung von aktiven DFG-VK-Mitgliedern hin hat das HMV-Bildungswerk in Zusammenarbeit mit dem Friedensmuseum Nürnberg am 8. Juni ein Webinar über das Konzept der Sozialen Verteidigung (SV) veranstaltet, mit Dr. Christine Schweitzer vom Bund für Soziale Verteidigung als Referentin.

Dr. Schweitzer erläutert im Webinar die grundlegende Idee der SV: die Zerstörung und das Leid zu vermindern, die mit militärischer Verteidigung gegen einen bewaffneten Angriff einhergehen, indem Souveränität mit gewaltfreien Mitteln verteidigt wird. Die primären Ziele sind die Konfliktprävention sowie die Verhinderung der Erreichung von Kriegszielen des Angreifers, z.B. durch Nicht-Zusammenarbeit oder dynamische Weiterarbeit ohne Kollaboration.

Diese Theorie untermalt Dr. Schweitzer mit einigen konkreten Beispielen aus der Geschichte, so zum Beispiel den „Prager Frühling“ 1968 und den „Ruhrkampf“ 1923. Allerdings merkt sie auch an, dass keine historischen Beispiele bekannt sind, in denen SV auf breiter gesellschaftlicher Ebene vorbereitet wurde.

Das bemerkenswerte an gewaltfreier Konfliktbearbeitung ist dabei, dass es wissenschaftliche Belege dafür gibt, dass sie in innerstaatlichen Konflikten (z.B. gewaltfreier Aufstand, ziviler Widerstand) erfolgreicher und nachhaltiger als bewaffnete Ansätze sind. Für SV im internationalen Kontext gibt es solche Belege noch nicht.

Trotzdem treibt die TeilnehmerInnen des Webinars die Frage um, ob SV eine geeignete Alternative zu militärischer Verteidigung in aktuellen internationalen Konflikten wäre; insbesondere in der Ukraine. Darauf kann das Webinar zwar keine Antwort geben, es liefert jedoch einigen Stoff zum Nachdenken.

Das Webinar kann auf der YouTube-Seite der DFG-VK-Bayern angesehen werden: <https://www.youtube.com/watch?v=yt3h-74bsog&t=1844s>

Des Weiteren hat das HMV-Bildungswerk (unabhängig vom Webinar) eine aktuelle Darstellung zum Konzept erstellt, mit dem Titel „Was bedeutet Soziale Verteidigung – und was hat sie mit dem Krieg in der Ukraine zu tun?“ Zu finden auf Seite 14 und 15 der Online-Version von PAX AN 2-22.

Atomwaffenverbots - Konferenz in Wien

Vom 21. bis 23. Juni 2022 fand in Wien die erste Konferenz zum Atomwaffenverbotsvertrag (AVV) statt. Julian Mühlfellner berichtet.

Ich habe daran als Teil der Jugenddelegation teilgenommen, die vom Friedensmuseum Nürnberg in Kooperation mit dem HMV-Bildungswerk auf die Beine gestellt und finanziert wurde.

Im Vorfeld der UN-Konferenz veranstalteten ICAN (International Campaign to Abolish Nuclear Weapons) und das österreichische Außenministerium Konferenzen über den AVV, mit Fokus auf den verheerenden humanitären Auswirkungen der Herstellung, Testung und des Einsatzes von Atomwaffen. Neben Beiträgen von WissenschaftlerInnen und AktivistInnen kamen dabei viele Überlebende von Atomwaffenangriffen und - Tests zu Wort, bspw. aus Japan, Kasachstan und Französisch Polynesien.

Die UN-Konferenz selbst bot keine wirklichen Überraschungen, da die meisten offenen Fragen entweder im Voraus verhandelt wurden – vor allem die Fristen zur Beseitigung von Atomwaffen, falls sich ein Atomwaffenstaat dem Vertrag anschließt – oder verhandelt wurden – so z.B. die Frage, wie die Beseitigung von Atomwaffen verifiziert wird. Die Konferenz war insofern vor allem eine Gelegenheit, das Engagement der Vertragsstaaten zu honorieren und Nicht-Vertragsstaaten zu umwerben, den Vertrag zu unterzeichnen und zu ratifizieren.

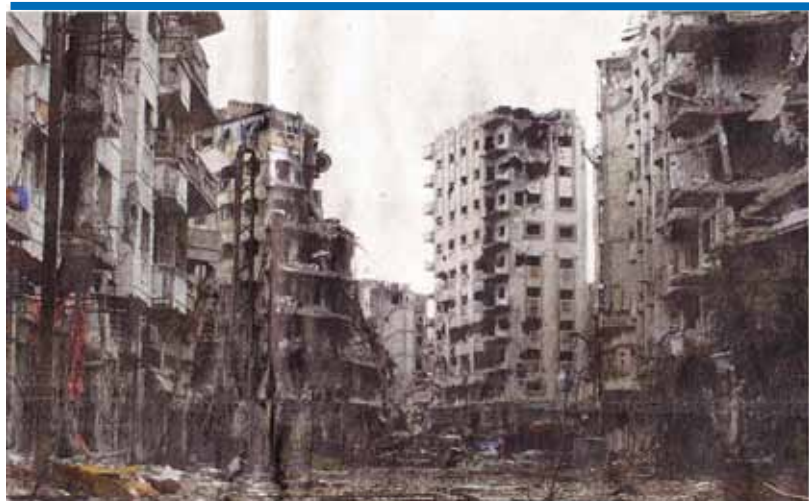
Bemerkenswert für uns war die Teilnahme Deutschlands an der Konferenz als Beobachterstaat. Das ist an sich ein positiver Schritt; damit trägt Deutschland zur Finanzierung der Konferenz bei und bleibt im Dialog mit Vertragsstaaten. Das Statement

der deutschen Delegation war allerdings vorhersehbar: Bekenntnis zur NATO als nuklear bewaffnete Allianz (und implizit zur nuklearen Teilhabe Deutschlands), Russland- und China-Bashing, Zweifel an der Vereinbarkeit des AVV mit anderen Verträgen und ein vages Lippenbekenntnis zum Interesse an Opferhilfe.

Ebenfalls enttäuschend war das absolute Desinteresse der deutschen und internationalen Presse. Abgesehen von einer dynamischen Gruppe japanischer JournalistInnen waren nur vereinzelt JournalistInnen aus anderen Teilen der Welt im Konferenzsaal anzutreffen. In deutschen Tageszeitungen wurde so gut wie gar nicht über die Konferenz berichtet.

Mein Fazit: der AVV ist ein wichtiges Puzzelstück in der Bemühung, eine atomwaffenfreie Welt zu schaffen und die Auswirkungen von Atomwaffen zu lindern. Er signalisiert den Atomwaffenstaaten, dass ein großer Teil der Menschheit nicht gewillt ist, ihre nukleare Tyrannei einfach hinzunehmen.

Gleichzeitig kann der Vertrag diese Staaten und ihre Verbündeten nicht dazu bewegen, ihre Atomwaffen aufzugeben. Das kann nur unerlässlicher Druck vonseiten der Bevölkerung erreichen. Wie die Konferenz in Wien einmal mehr gezeigt hat, fehlt der deutschen Öffentlichkeit das Bewusstsein für die Atomwaffenpolitik der Bundesregierung. Vielleicht fehlt momentan auch der Wille, diese zu ändern – oder zumindest der Glaube, dass Veränderung möglich ist. Daran müssen wir arbeiten.



Homs, Syrien, 2013: Erfolgreiche Aufstandsbekämpfung

Die DFG-VK Bayern im Internet

Die Internetseite der DFG-VK Bayern ist komplett neu gestaltet und aus technischen Gründen derzeit zu finden unter: www.pazifistinnen.de. Die neu gestaltete Seite wird demnächst unter der alten Adresse: www.dfg-vk-bayern.de zu finden sein. Auf der „pazifistinnen.de“ werden dann Texte zur Werbung für den politischen Pazifismus eingestellt.

Die Ortsgruppen der DFG-VK haben z.T. eine eigene Internetseite und eigene Mailverteiler

Weitere Seiten der DFG-VK Bayern:

www.jetzt-abruesten.de

www.abruesten.de

www.h-m-v-bildungswerk.de

Facebook

<https://www.facebook.com/DeutscheFriedensGesellschaftBayern/>

<https://www.facebook.com/dfg.vk.nordbayern>

<https://www.facebook.com/DFGVK/>

<https://www.facebook.com/friedenskonferenz/>

Youtube Kanal

<https://www.youtube.com/channel/UCH-GJHHbnHpGwVmYOmp6Tubg>

Auf Achse für Frieden, Abrüstung und ein ziviles Europa

Die Friedensfahrradtour startet unter diesem Motto, aber mit neuem Konzept und Organisationsteam, am 6.8. in Ansbach und endet am 12.8. in Passau.

Ausführlicher in der online-Fassung von PAX AN S. 13 und 14, und aktuell auf der Internetseite, s. Spalte links.

Hiroshima-Gedenktag

Regensburg

Do. 4. 8., 18:00, Neupfarrplatz,

Mahnwache: Schweigen für den Frieden -

Veranstalter: pax christi Regensburg

München

Sa. 6.8., 20:00 Uhr, Max-Joseph-Platz

Beiträge: Julian Mühlfeßner, Dr. Ingrid Pfanzelt.

Veranstalter Münchner

Friedensbündnis

Weitere Termine hier:

<https://www.friedenskooperative.de/termine/hiroshimatag>

Hinweis

Artikel mit Namensangabe geben die Meinung des Autors wieder. Erklärungen des Landesverbandes sind als solche gekennzeichnet.

Veranstaltungsreihe in Augsburg

Ausstellung:

Wirkung von Atomwaffen,

So. 24. Juli bis So. 21. August ·

Halle 1/Glaspalast;

Vernissage 24. Juli um 11 Uhr

Veranstalter*in: Friedensbüro der Stadt Augsburg, Eintritt frei

Mi, 27. Juli · 18:30 Uhr

Augustanasaal, im Annahof 4

Sicherheit neu denken

Impulse für eine neue friedenspolitische Sicherheitsarchitektur in Europa

Veranstalter*in: Evangelisches Forum

Annahof, Lehrstuhl für Friedens- und Konfliktforschung der Universität Augsburg, AFI

- Augsburger Friedensinitiative (AFI) und

Pax Christi

Eintritt frei, Spenden erwünscht

Do, 28. Juli 18:30, Apostelin-Junia-Kirche, Sheridan Park, Siegfried-Aufhäuser-Str. 25

Die gewaltfreie Verteidigung der Friedensstadt

Werkstatt für die soziale Verteidigung

Augsburgs durch seine Bevölkerung

Veranstalter: Mennonitengemeinde, pax christi,

Augsburger Friedensinitiative (AFI);

Teilnahme kostenlos, Spenden erwünscht

So, 31. Juli 11:00 Uhr, Oberhauser Bahnhof Kleine Friedenstafel mit Hissen der Flagge Mayors for Peace (Bürgermeister für den Frieden)

Die AFI wird mit Transparenten das Hissen der Flagge unterstützen.

Bericht über die Wiener Konferenz zum Atomwaffenverbotsvertrag

26.7.2022, 19:30 Uhr

Hybrid und als ZOOM: [https://www.facebook.com/events/395161685928342/?ref=](https://www.facebook.com/events/395161685928342/?ref=newsfeed)

[newsfeed](https://www.facebook.com/events/395161685928342/?ref=newsfeed). Veranstalter Friedensmuseum

Nürnberg

Antikriegstag

Ingolstadt,

Do. 1. September 18⁰⁰ Uhr in der Gaststätte

Anker am Theaterplatz, Referat Gerd Bauz

„Sicherheit neu denken“



Mossul, Irak, 2016: Erfolgreiche Rückeroberung

Militärische Eroberung und/ oder Verteidigung führen zur Zerstörung und sind in jedem Fall eine Katastrophe für die Bevölkerung. Was bedeutet dann „Sieg“, „Befreiung“ und „Erfolg“ ?

PAX AN

Herausgegeben von der Deutschen Friedensgesellschaft-Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen, Landesverband Bayern, V.i.S.d.P.: Thomas Rödl, c/o DFG-VK Frauenlobstr. 24 Rgb, 80337 München. Tel: 089 – 89 62 34 46, Di, Mi, 9:00 – 17:00, Fr 9:00–13:00Uhr. e-mail: bayern@dfg-vk.de

Wir bitten um Spenden

für das Helmut-Michael-Vogel-Bildungswerk für Frieden, Gewaltverzicht und Völkerverständigung! Publikationen, Veranstaltungen und Konzepte fürs Internet. (abzugsfähig) auf das Konto, IBAN: DE374306 0967 8217 1208 00 BIC: GENODEM1GLS



Inhaltsverzeichnis Online-Version

- S. 6 Erklärung des Landesverbandes zum Ukraine-Krieg
- S. 7 Medienmitteilung des LV zur Lieferung der Gepard-Panzer
- S. 7 Leserbriefe von Harald Will und Arnold Köpcke-Duttler zur Pazifismus Diskussion
- S. 8 Pressemitteilung des Landesverbandes
- S. 8 „Aus dem kalten Krieg darf kein heisser Krieg werden“, vom 1.2. 22
- S. 9 Zivile Zeitenwende, Bericht DFG-Schweinfurt und Würzburg, Martina Jäger
- S.10 Dienstpflicht Mitteilung des DFG-VK LV Ba Wü; Kommentar zur Dienstpflicht- Diskussion von Willi Rester
- S. 11 Dienstpflicht Kommentar von Thomas Rödl; Hinweis auf Abschrift der Diskussion „Standortbestimmung“
- S. 12 Bericht von der Aktion gegen Rüstungsexporte, Nürnberg, von Werner Mesnaric.
- S. 13 Leserbrief zum 100-Milliarden Paket von Wilhelm Hacker
- S. 14, 15 Ramstein Demo Bericht von Chris Weber und Martina Jäger
- S. 16, 17 Infomaterial zur Sozialen Verteidigung
- S. 18 Aufruf und Plan Friedensfahrradtour
- S. 18 Zur Einschätzung des Krieges in der Ukraine: Interview- Auszüge Noam Chomsky, Klaus von Dohnanyi
- S. 19 Statement: „Aufgaben der Friedensbewegung“ von Thomas Rödl
- S. 19 Auszüge aus einem Interview mit Markus Reiser, Bundesheer Österreich
- S. 20 Antikriegsrede Friedensnetzwerk Regensburg, 4.3. 22
- S. 20 Bericht über Veranstaltung in München zum 100-Mrd-Paket

Atomwaffen sind verboten – Bericht von der UNO-Konferenz in Wien

26. Juli 2022 um 19:30

Eine Jugenddelegation des Friedensmuseums nahm an der UNO-Konferenz zum Atomwaffenverbotsvertrag in Wien teil. Wolfgang Nick berichtet über die Ergebnisse der Staatenkonferenz sowie über die gesamte spannende Nuclear Ban Week. Der TPNW (Atomwaffenverbotsvertrag), gültig seit 2021, nimmt Fahrt auf! Besonderes Augenmerk gilt der Hilfe für die Opfer von Atomwaffentests, über die sich die Staaten geeinigt haben.

Der Vortrag findet hybrid statt: Im Friedensmuseum Nürnberg und digital übertragen über ZOOM.

<https://us02web.zoom.us/j/8982209633?pwd=MIhWT3NqaTR4M0tqNHJ2NjN5cUpxdz09>

Meeting-ID: 898 220 9633

Kenncode: JH9acd

Die Reise der Jugenddelegation mit einem online- Vorbereitungsseminar wurde vom HMV-Bildungswerk unterstützt

Vgl. Bericht S.3

Broschüre: Truppenübungsplätze in Bürgerhand

Die Gruppe Oberpfalz der DFG-VK wirbt für die Idee, auf dem Gelände der Truppenübungsplätze Grafenwöhr und Hohenfels einen dritten bayerischen Nationalpark zu errichten. Dazu gibts jetzt eine Broschüre in gedruckter Form (32 S. A5), erhältlich im Büro gegen 5 € Druck- und Versandkosten. Bestellung per E-Mail muenchen@dfg-vk.de.

Wir bitten um Spenden für das Helmut-Michael-Vogel Bildungswerk, jetzt online möglich!

<https://spenden.twingle.de/helmut-michael-vogel-bildungswerk-e-v/spende-munchner-friedenskonferenz/tw5fdccb-87d36fe/page>

Projekte des HMV- Bildungswerkes für Frieden und Völkerverständigung im Jahr 2022:

Internationale Münchner Friedenskonferenz

Erarbeitung des Infoblatts zur Sozialen Verteidigung und Veranstaltung des Webinars Unterstützung der Reise der Jugenddelegation zur Atomwaffen-Verbotsvertrags-Konferenz

Mitveranstalter der Informationsveranstaltung zum 100-Milliarden-Paket, 14.6. München

Aktualisierung und Neugestaltung des Faltblattes

„Zivile Konfliktbearbeitung“ jetzt als Infoblatt im Format A4 verfügbar, das nach Bedarf ausgedruckt bzw kopiert werden kann.

Hier zu finden: : <https://dfg-vk-bayern.de/infomaterial/>

<https://dfg-vk-bayern.de/wp-content/uploads/2022/07/ZKB-A4-Material-Final-7-2022.pdf>

Wir danken allen FörderInnen und SpenderInnen, die diese umfangreiche Arbeit ermöglichen!

In Planung: Tagung zur Einschätzung der aktuellen friedenspolitischen Lage und der Konsequenzen für eine Friedensorganisation, voraussichtlich 15.-16. 10. in Nürnberg.



Erklärung der DFG-VK Bayern zum Ukraine Krieg (v. 23.4. 22)

Es gibt keinen gerechten Krieg!

Wir verurteilen den völkerrechtswidrigen Einmarsch Russlands in die Ukraine! Wir protestieren gegen die imperialistische und militaristische Großmachtpolitik des russischen Präsidenten! Russland muss alle Truppen zurückziehen. Alle Kriegsparteien müssen einen Waffenstillstand vereinbaren und über eine politische Lösung verhandeln.

Ziviler Widerstand

Nach Meinung der DFG-VK Bayern sollte der militärische Widerstand beendet und die Souveränität der Ukraine mit politischen, zivilen und gewaltfreien Mitteln verteidigt werden. Das schützt die Bevölkerung in der Ukraine und verhindert die weitere Zerstörung von Städten und der Infrastruktur.

Wir erklären uns solidarisch mit allen BürgerInnen in Russland und der Ukraine, die friedlich gegen den Krieg ihrer Regierungen protestieren, und die sich dem Krieg durch Verweigerung entziehen wollen.

Gegen Maßnahmen zur Verlängerung des Krieges

Wir wenden uns gegen die Lieferung von Waffen an die Ukraine! Wer Waffen liefert, verlängert den Krieg und vergrößert das Leiden der Menschen. Daher wenden wir uns ebenfalls gegen jede finanzielle Unterstützung der Kriegführung der Ukraine. Durch die Waffenlieferungen werden Deutschland und die NATO schrittweise zu direkten Kriegsgegnern der atomar bewaffneten russischen Armee. So kann der derzeit noch begrenzte Krieg zu einem Krieg zwischen der NATO und Russland eskalieren, mit der großen Gefahr, in einem Dritten Weltkrieg mit Atomwaffen zu enden.

Gegen Aufrüstung und Eskalation

Wir wenden uns gegen das 100-Milliarden-Euro-Waffenprogramm der BRD und die Erhöhung der jährlichen Rüstungsausgaben auf zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Diese Ausgaben stehen in Konkurrenz zu den Sozialausgaben, zur notwendigen Erhaltung der Infrastruktur in der BRD, und zu den notwendigen Investitionen zur Begrenzung der Erderwärmung. Weitere Aufrüstung wird den Konflikt mit Russland nicht lösen, sondern nur die Konfrontation verschärfen und zu einem weiteren Krieg mit Russland führen.

Wir wenden uns gegen die Beschaffung der F35 Kampfflugzeuge und gegen die Fortsetzung der nuklearen Teilhabe. Atomwaffen sind geächtete Massenvernichtungswaffen und ihr Einsatz ist ein Kriegsverbrechen, bedeutet den Atomkrieg und führt zu Millionen Toten und letztendlich zur Vernichtung der Menschheit.

Mit der Verlagerung von Truppen und Kriegstechnik ins Baltikum, nach Polen und Rumänien und „der Stärkung der Ostflanke der NATO“ wird die militärische Konfrontation mit Russland verstärkt. Wir wenden uns gegen die Aufnahme neuer Staaten in die NATO, denn der Expansionskurs der NATO hat die Neutralität der Ukraine in Frage gestellt und zur Konfrontation mit Russland geführt. Ebenso wenden wir uns gegen die Aufnahme der Ukraine in die EU, da diese zu einer Militärmacht entwickelt wird, die mit der NATO zusammenarbeitet.

Für zielgerichtete Sanktionen

Die vom Westen verhängten Sanktionen haben keine Auswirkungen auf die Fähigkeit zur Kriegführung. Sie werden aber die russische Wirtschaft massiv schädigen und die Masse der werktätigen Bevölkerung in Russland in Armut stürzen, die die Kriegspolitik von Präsident Putin nicht verhindern können.

Wir wenden uns gegen Sanktionen, die die deutsche Wirtschaft schädigen, den Staatshaushalt zerrütten und die Inflation antreiben, und deren Kosten von der Masse der werktätigen Bevölkerung in Deutschland zu schultern sind, egal ob sie mit der verfehlten deutschen Sicherheitspolitik einverstanden waren oder nicht.

Wir wenden uns gegen ein Energieembargo, das in der Konsequenz die ökologischen Kosten unserer Energieversorgung erhöht (Fracking, Verflüssigung von Gas, Transport über die Ozeane), und von dem nur eine Handvoll multinationaler Energiekonzerne sowie die Oligarchen in den USA, Katar, usw. profitieren.

Alle vermutlichen Kriegsverbrechen sind zu untersuchen und die Verantwortlichen sind vor dem Internationalen Strafgerichtshof anzuklagen.

Für neue Entspannungspolitik

Eine neue Entspannungspolitik muss eingeleitet werden, die die Sicherheitsinteressen aller Staaten berücksichtigt. Wir treten ein für eine Friedenskonferenz im Rahmen der OSZE (Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa). Sicherheit ist neu zu denken und in eine zivile Außenpolitik umzusetzen. Nur gemeinsam kann die Menschheit in Frieden überleben.



Pressemitteilung des bayerischen Landesverbands der DFG-VK (28.4.2022):

DFG-VK Bayern verurteilt die Lieferung deutscher Panzer an die Ukraine

Der bayerische Landesverband der Deutschen Friedensgesellschaft-Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK Bayern) verurteilt die Entscheidung der deutschen Bundesregierung, Gepard-Panzer aus deutschen Beständen an die Ukraine zu liefern. Die Lieferung von Panzern führt zur Intensivierung der militärischen Auseinandersetzung und trägt zur Eskalation des Krieges bei. Die DFG-VK Bayern fordert deshalb die Bundesregierung auf, die Lieferung zu stoppen und stattdessen deeskalierende und zivile Mittel der Konfliktbewältigung zu fördern.

Militärexperten melden eine Intensivierung der russischen Angriffe im Süden und Osten der Ukraine. Seit Beginn des Krieges herrscht unter ihnen weitgehend Konsens, dass die russische Führung den Krieg nicht beendet, bis sie ihre minimalen Kriegsziele erreicht hat.

Der Versuch, den russischen Vormarsch mit militärischen Mitteln aufzuhalten, bedeutet, weitere kämpferische Auseinandersetzungen - und somit die Zerstörung des Landes und das Leiden der Zivilbevölkerung - in Kauf zu nehmen.

Waffenstillstandsverhandlungen auf Grundlage des jetzigen Status quo verlangen der Ukraine lediglich ab, den Traum von der militärischen Rückeroberung aktuell russisch besetzter Landesteile aufzugeben.

Wenn immer mehr NATO-Mitglieder immer aktiver in den Krieg eingreifen, kann nicht ausgeschlossen werden, dass sich die nuklear bewaffnete russische Führung früher oder später im Krieg mit der nuklear bewaffneten NATO wähnt. Dass dies im Atomkrieg enden kann, hat am 27. April die deutsche Außenministerin Annalena Baerbock im Bundestag bestätigt.

Deshalb fordert die DFG-VK Bayern die Bundesregierung auf, die Lieferung schwerer Waffen zu stoppen und gewaltfreie Mittel der Konfliktbewältigung zu fördern. Deutschland und seine NATO-Bündnispartner - nicht nur die Ukraine - müssen ernsthafte Verhandlungen mit Russland aufnehmen. Dabei dürfen Verhandlungen über Abrüstung (auch von Atomwaffen), die Neutralität der Ukraine und die Souveränität separatistischer Gebiete keine Tabus darstellen - die Alternative ist eine endloser und weiter eskalierender Krieg.

Zur Polemik gegen den Pazifismus durch den FDP-Abgeordneten Alexander Graf Lambsdorff in der Wochenzeitung „Die Zeit“ vom 13.4. 2022

In einem Gastbeitrag für die Wochenzeitung „Zeit“ greift der FDP-Politiker Alexander Graf Lambsdorff ganz tief in die Dreckschleuder-Kiste aus dem kalten Krieg und diffamiert Friedensbewegte und Ostermarschierer. Wie, das könnt Ihr einem der beiden Anhänge entnehmen. Zu Eurer Info habe ich auch den Text der Mail angehängt, die ich an das Bundestagsbüro von Lambsdorff geschrieben habe.

Lambsdorff nennt Friedensdemonstranten „fünfte Kolonne Putins“

Der FDP-Politiker Alexander Graf Lambsdorff hat die Teilnehmer der Ostermärsche als „fünfte Kolonne Wladimir Putins“ bezeichnet. „Wenn Ostermarschierer jetzt Abrüstung fordern und in Interviews vorschlagen, die Ukraine ‚gewaltfrei zu unterstützen‘, spucken sie den Verteidigern Kiews und Charkivs ins Gesicht“, schreibt der stellvertretende Chef der FDP-Bundestagsfraktion in einem Gastbeitrag für „Die Zeit“: „Sie traumatisieren die zu uns Geflüchteten ein zweites Mal, denn sie schützen die Mörder und Vergewaltiger von Butscha, Irpin und Mariupol. (...) Die Ostermarschierer sind die fünfte Kolonne Wladimir Putins, politisch und militärisch.“

Die Ukraine habe den alten Spruch der Friedensbewegung - „Frieden schaffen ohne Waffen“ - anfangs sogar in die Tat umgesetzt, schrieb Lambsdorff: „1994 gab sie als junges unabhängiges Land ihre Atomwaffen an Russland zurück, das sich im Gegenzug verpflichtete, die territoriale Integrität der Ukraine zu respektieren, mehr noch, sie zu beschützen. Es war ein Akt einseitiger Abrüstung, wie ihn die Ostermarschierer immer wieder vorschlagen.“ Inzwischen habe Putins Verhalten bewiesen, „dass die Parolen der Ostermarschbewegung realitätsfern und gefährlich sind“.

(Die Zeit v. 13.4.2022)

Sehr geehrter Herr Lambsdorff,

einer Meldung des Bayerischen Rundfunks entnehme ich heute, dass Sie in einem Gastbeitrag für die „Zeit“ Ostermarschierer als „fünfte Kolonne Wladimir Putins“ bezeichnen. Sie behaupten, wer wie die Ostermarschierer Abrüstung fordere oder vorschlage, die Ukraine gewaltfrei zu unterstützen, der spucke „den Verteidigern Kiews und Charkivs ins Gesicht“. Ich bin erschüttert und entsetzt über Ihre Wortwahl, das ist die Sprache des kalten Krieges, die wir in diesem Land überwunden glaubten. Um es noch deutlicher zu sagen: Das ist unterste Schublade!

Angesichts der vielen Menschenleben, die die militärische Verteidigung der Ukraine bereits gekostet hat (wahrscheinlich zehntausende) und noch kosten wird (möglicherweise hunderttausende), ist jedes Nachdenken über gewaltfreie Möglichkeiten zur Lösung des Konflikts verantwortungsvoll – und nicht ehrenrührig wie Sie unterstellen.

Als unerträglich empfinde ich es, wenn Sie – wieder mit Bezug auf die Ostermarschierer - schreiben: „Sie traumatisieren die zu uns Geflüchteten ein zweites Mal, denn sie schützen die Mörder und Vergewaltiger von Butscha, Irpin und Mariupol.“ Das ist eine perfide und absurde Argumentation. Damit wird insinuiert, Anhänger der Friedensbewegung hätten irgendeine Verantwortung dafür, wenn weiter Verbrechen an ukrainischen Zivilisten begangen werden. Mit solchen Äußerungen mögen Sie Resonanz in der Öffentlichkeit erreichen, mit sachlicher Auseinandersetzung haben diese aber nicht mehr das geringste zu tun. Im Gegenteil, sie sind geeignet, das politische Klima in unserem Land nachhaltig zu vergiften.

Mit wenig freundlichem Gruß, Harald Will, München

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Abhandlung Alexander Graf Lambsdorffs „Wer diese Demos besucht, spuckt den Ukrainern ins Gesicht“

provoziert den folgenden Leserbrief, um dessen Veröffentlichung ich bitte:

Alexander Graf Lambsdorff, Abgeordneter der FDP, greift die an Ostermärschen Teilnehmenden an als Beschützer der Mörder und Vergewaltiger, als fünfte Kolonne Putins. Die Gehässigkeit seiner Beschimpfung und Herabsetzung wird deutlich, wenn daran erinnert wird, dass der spanische General Emilio Mola im Rahmen des Militärputsches gegen die Republik drohte, er werde vier Kolonnen gegen Madrid in den Krieg führen. Die fünfte Kolonne („quinta columna“) seien die in Madrid lauerten Anhänger des nationalistischen Aufstands. Dieser Kolonne wurden Täuschungen, Hinterlist, tückische Grausamkeit und Subversion zugetraut und nachgesagt. Bei seiner unverschämten Attacke (danach spucken Pazifisten unter dem Angriffskrieg leidenden Menschen ins Gesicht) ignoriert der Abgeordnete, dass alle Organisationen der (nicht-militärischen) Friedensbewegung den Angriffskrieg des russischen Autokraten und seiner militärischen Führer als brutalen, durch nichts zu rechtfertigenden Bruch des Völkerrechts und Verbrechen gegen die Menschlichkeit verurteilen. Er ignoriert auch, dass Gewalt und Gegengewalt einer Logik der Eskalationsdynamik folgen und unabweisbar die Gefahr besteht, dass diese Eskalation zusteuern kann auf einen ganz Europa erfassenden Atomkrieg. Der Abgeordnete weiß offenbar auch nichts von den nicht erst seit den Jahren 2008 und 2014 ausgearbeiteten Vorschlägen der Friedensbewegung für eine gesamteuropäische Politik menschlicher Sicherheit – angesichts der lange schon andauernden Gefahr der Selbstauflösung der Menschheit. Die Zeitenwende für nachhaltigen Frieden und Klimaschutz ist schon lange angebrochen.

Prof. Dr. Arnold Köpcke-Duttler, Ochsenfurt



Leserbrief von Arnold Köpcke-Duttler vom 11.3.22

Sehr geehrte Damen und Herren,
angesichts des Angriffskriegs der russischen Staatsführung bitte ich um Veröffentlichung des folgenden Leserbriefs:

Ja, der Autokrat Putin verbricht diesen Krieg, nicht das Volk Russlands, das Pazifisten wie Leo Tolstoi hervorgebracht hat.

J

a, vor einigen Tagen haben wir als Symbol am Abend für einige Zeit alle Lichter gelöscht.

Ja, mit den Enkeln haben wir Hilfs-Pakete an Menschen in der Ukraine weggebracht.

Ja, jeder Krieg ist ein entsetzliches Gemetzel (so schon Papst Benedikt XV über den Ersten Weltkrieg), in dem Soldaten aller Seiten gezwungen sind, den Tod des Feindes als „Vernichtung der Verhassten“ (Sigmund Freud) zu rechtfertigen, zu triumphieren über den erschlagenen Feind.

Nein, Waffenlieferungen und Aufrüstung dienen nur den Rüstungsindustrien, die von jedem Krieg profitieren. Waffen bringen keine Babynahrung.

Nein, Pazifismus heißt nicht feige Unterwerfung, erst recht nicht Wehrlosigkeit. Nicht allein der Bund für Soziale Verteidigung und der Zivile Friedensdienst beweisen mit dem Blick auf ungezählte historische Beispiele, dass der unbewaffnete Widerstand der Bevölkerung gegen Diktaturen wirkungsvoller ist als der militärische und die Aufrüstung, die die ausweglose Spirale der Gewalt weiter dreht.

Pazifisten sind an der Seite der mutigen Friedensbewegung in der Ukraine und in Russland. Sie lehnen jede Autokratie und Diktatur ab.

Mit freundlichen Grüßen Prof. Dr. Arnold Köpcke-Duttler

Presseerklärung zur Ukraine-Krise 1.2.2022

Aus dem kalten darf kein heißer Krieg werden!

DFG-VK Bayern fordert Deeskalation in der Ukraine-Krise

In der Ukraine-Krise fordert der Landesverband Bayern der Deutschen Friedensgesellschaft/ Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK) von Russland und der NATO, zu einer nichtmilitärischen Lösung zu kommen. Thomas Rödl, Landessprecher der DFG-VK erklärt dazu, Deeskalation sei jetzt das Gebot der Stunde. „Aus dem kalten Krieg zwischen West und Ost, den wir jetzt erleben, darf kein heißer werden“, so Rödl. Beide Seiten, verlangt der DFG-VK-Landessprecher, müssten zur Entspannung der sehr gefährlichen Situation beitragen. Der Aufmarsch russischer Truppen in Grenznähe zur Ukraine stelle ein massives Drohpotential dar, auch wenn man in Moskau beteuere, man plane keinen Angriff auf die Ukraine. Mit diesem Aufmarsch schüre die russische Führung Unsicherheit und Ängste über ihre Absichten.

Andererseits Sorge die Nato nicht für Entspannung, wenn sie zusätzliche Truppen und Waffen nach Osteuropa schicke. Die Deutsche Friedensgesellschaft wendet sich daher strikt gegen Waffenlieferungen an die Ukraine.

Notwendig: Zusage an Russland – keine weitere Expansion der NATO

Um eine Entschärfung der Lage zu erreichen, müssten beide Seiten ihren Beitrag leisten, verlangt der Sprecher der DFG-VK Bayern. Russland müsse seine Streitkräfte und die Waffen, die jetzt in Grenznähe zur Ukraine stationiert sind, wieder abziehen - zumindest weitgehend. Der Westen hingegen könne seinen Teil zur Deeskalation beitragen indem er die klare Zusage mache „dass die Ukraine kein Mitglied der NATO wird.“ Aus der Sicht Russlands sei klar, so Rödl, was eine NATO-Mitgliedschaft der Ukraine bedeuten würde: „Das westliche Militärbündnis würde seinen Fuß direkt vor die russische Haustür setzen. Dass das für die russische Führung unannehmbar wäre, ist nachvollziehbar.“ Darüber hinaus müsse die US-amerikanische Führung zusagen, alle militärischen Aktivitäten in der Ukraine zu beenden und keine neuen Militärlagerstätten in Osteuropa zu errichten.

Beschlossen beim Landesausschuss 29.1.2022, für Rückfragen: Thomas Rödl

Über die Demo „Zivile Zeitenwende“

(gehört zur S. 9)

Josef las zu Beginn der Demo den Aufruf der Kampagne „Zivile Zeitenwende“ vor.

Organisationen und Aktive aus den sozialen Bewegungen, aus Gewerkschaften, Kirchen und auch von Sozialdemokrat*innen und Mitgliedern der Grünen, traten für Abrüstung statt Aufrüstung und soziale Verbesserung ein.

Zu den Unterteilnehmer*innen des Aufrufs gehörten neben DFG-VK-Gliederungen Bayern, NRW, Flensburg, Kiel und Lübeck-Ostholstein, die IPPNW, pax christi Deutschland, Attac Globalisierung&Krieg mit Regionalgruppen, Ohne Rüstung Leben und viele weitere Gruppen.

Am 2.7.2022 nahmen 4000 Menschen an der Demo in Berlin teil, dazu gab es aber unterschiedliche bzw widersprüchliche Angaben.

Der Ukraine-Krieg und Wege zum Frieden

Video-Aufzeichnung der Veranstaltung am 27.6. 2022 im Eine- Welt-Haus München :

<https://youtu.be/aCCFkNbn9yw>

Der Krieg in der Ukraine und seine geopolitischen Hintergründe.

Am 24. Februar startete Russland einen Großangriff auf die Ukraine. Ein Ende der Kampfhandlungen ist derzeit nicht abzusehen. Peter Wahl analysiert den Krieg in der Ukraine, betrachtet den Verlauf der Kampfhandlungen, der gegenseitigen Sanktionen und die Brutalität gegen die Menschen, die im Osten des Landes teils seit Jahren bereits anhalt.

Krieg ist kein Mittel zur Konflikt-Lösung. Wir müssen raus aus der Gewaltspirale. Deeskalation hat absolute Priorität.

Referent: Peter Wahl. Er ist Mitarbeiter der nichtstaatlichen Organisation Weltwirtschaft, Ökologie und Entwicklung (WEED) in Berlin. Er hat attac Deutschland mit gegründet und bis 2007 dessen Koordinierungskreis angehört.

Veranstalter: attac München und Münchner Friedensbündnis

Nach Meinung eines Besuchers der Veranstaltung vermittelte der Vortrag ökonomische Analysen und Hintergründe, zeigte aber keine gewaltfreien und antimilitaristischen Handlungsperspektiven auf.

Zivile Zeitenwende – die DFG-VK Bayern unterstützte die Demo in Berlin In Schweinfurt fand eine solidarische Kundgebung zeitgleich statt. (Samstag, 02.07.2022)

Über die Kundgebung

Josef Bernhard, (DFG-VK Schweinfurt) brachte Ende Juni die Idee zu einer Kundgebung „Zivile Zeitenwende“ in Schweinfurt ein. Da es für viele aus Unterfranken ein sehr großer Aufwand war, nach Berlin zu fahren, hat sich die DFG-VK WÜ und SW entschieden, zur gleichen Zeit, wie in Berlin, in Schweinfurt auf dem Marktplatz zu treffen, andere Organisationen einzuladen, um gegen diese tödliche und ungerechtfertigte Hochrüstung der Bundeswehr zu protestieren. Wir luden Friedensgruppen aus Würzburg und Schweinfurt ein. Trotz der knappen Vorlaufzeit für Planung und Werbung, kamen über 30 Menschen aus Aschaffenburg, Würzburg, Schweinfurt (Umgebung) und Hammelburg. Ein oder mehrere Mitglieder aus folgenden Organisationen waren bei der Kundgebung zugegen: DFG-VK, Attac, VVN, IPPNW, Bund der Geistesfreiheit, Gewerkschaft oder MLPD

Unser Anliegen in Schweinfurt: Abrüsten! Frieden schaffen ohne Waffen

Mit dem mehrheitlichen Beschluss des Bundestags und Bundesrats eines 100 Mrd. Aufrüstungsprogramm im Grundgesetz zu verankern wächst die Notwendigkeit einer zivilen Zeitenwende. Denn die Aufrüstung löst keine Probleme. Im Gegenteil: sie verschärft soziale Ungleichheit und löst internationale Spannungen aus. Die Sanktionen, eine der Maßnahmen des bereits stattfindenden Wirtschaftskriegs, werden nicht zu einer Befriedung der Ukraine führen.. Weltweit leiden Menschen durch diesen und andere Kriege.

Argumente aus Unterfranken

Verurteilung von Kriegen: Der Angriffskrieg Russlands, die neokolonialen Kriege der NATO, die bellizistische Medienberichterstattungen (Propaganda) wurden thematisiert. Eine Unterstützung von diesen Kriegen wurde verurteilt und abgelehnt.

Die Militarisierung der Gesellschaft und des Denkens führt zu nichts als zur kulturellen und sozialen Verrohung und vergiftet das Miteinander., innen- und außenpolitisch gesehen.

Krieg und soziale Folgen: Diese 100 Milliarden für Rüstungsprofite werden stattdessen dringend in allen sozialen Bereichen benötigt. Und selbst wenn der Krieg kostengünstig zu finanzieren wäre, am Ende ist der Preis unermesslich, das Leben von unschuldigen Menschen.

Im Falle eines möglichen Atomkrieges spielt es keine Rolle, wer Angreifer oder Verteidiger eines Krieges war.

Die Aufrüstungspolitik ist grundfalsch und hoch eskalierend, weil sie Russlands Angriff auf die Ukraine mit fortschreitender Militarisierung beantwortet, statt anstehende Probleme im Sozialen verdrängt. Das bundes- und weltweit.

Warnung vor einem anstehenden Wirtschaftskrieg: Verteuerung von Lebenshaltungskosten ist u.a. auf eine falsche Sanktionspolitik zurück zu führen. Bedürftige Menschen haben das Nachsehen.

Es bleibt und vergrößert das Militär als Klimakiller Nummer eins.

Auf die politische Verfolgung von Julian Assange wurde aufmerksam gemacht, der nun in die Berufung geht, sich gegen die Auslieferung in die USA zur Wehr setzt und dringend Freiheit zum Schutz seines Lebens benötigt. 2020 erhielt er den Stuttgarter Friedenspreis.

Im Redebeitrag der DFG-VK Würzburg wurde

die Ost-Erweiterung der Nato und die Aufkündigung von friedensstiftenden Abrüstungsverträgen (ABM und INF-Vertrag) kritisiert, seit der Auflösung der UDSSR haben nicht nur PazifistInnen auf die steigende Kriegsgefahr hingewiesen.

Was können wir tun?

Vorschläge und Forderungen als friedenspolitische Aufgabe an die Regierung:

- Umfassendes Abrüsten und Entmilitarisierung der Gesellschaft
- Vertrauensbildende Verträge zur atomaren Abrüstung schließen
- Diplomatie und Verhandlungen auf politischer Ebene müssen geführt werden, statt sich militärisch und undiplomatisch zu begegnen
- Menschen auf Flucht, Kriegsdienstverweigerer und Deserteure sind aufzunehmen,
- pazifistische Gruppen in Osteuropa sind zu unterstützen
- Stärkung und Reformierung der UNO und OSZE und der Auftrag zur Friedensbildung sind ernst zu nehmen
- Was können wir tun? Vorschläge für Organisationen bis hin zu Einzelpersonen, die sich engagieren wollen
- Aktuell wird kontrovers diskutiert über die soziale Verteidigung. <http://soziale-verteidigung.de>
- Eine Verteidigung kann auch ohne Waffen möglich sein!
- Wichtig ist die Stärkung pazifistischer Bewegungen in Osteuropa und weltweit.
- Leserbrief schreiben, an Diskussionen oder Gesprächen teilnehmen, Freunde ansprechen, Kreativ nach außen treten, Parteien und Abgeordnete befragen und ihnen Briefe schreiben, Petitionen unterschreiben und lokale Friedensgruppen unterstützen

von Martina Jäger, Würzburg

Links der Veranstalter und Links für weitere Informationen:
zivilezeitenwende.de ; friedensgesellschaft-schweinfurt.de
wuerzburg.dfg-vk.de / attac-netzwerk.de/wuerzburg;
abruesten.de ; no-militar.org



Allgemeine Dienstpflicht?

Mitteilung des Landesverbandes Baden-Württemberg:
ZU DER VON BUNDESPRÄSIDENT FRANK-WALTER STEINMEIER IN
DER VERGANGENEN WOCHEN IN ROTTWEIL VORGESCHLAGENEN
»SOZIALEN PFLICHTZEIT«

Als Landesverband Baden-Württemberg der Deutschen Friedensgesellschaft – Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen e.V. (DFG-VK), der ältesten und traditionsreichsten Organisation der deutschen Friedensbewegung, lehnen wir die von Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier während seiner vom 7. bis 9. Juni 2022 dauernden »Ortszeit Rottweil«, in der er seinen Amtssitz für drei Tage nach Rottweil in Baden-Württemberg verlegte und von dort aus seine Amtsgeschäfte führte, in einem Interview mit der Sonntagszeitung »Bild am Sonntag« vorgeschlagene »soziale Pflichtzeit«, die bei der Bundeswehr oder bei sozialen Einrichtungen geleistet werden könnte, entschieden ab.

Die Zuschreibung des Attributes »sozial« erweckt den falschen Eindruck, dass auch eine bei der Bundeswehr abgeleistete Pflichtzeit einen sozialen Charakter besäße. Dabei ist es vielmehr so, dass die für das Militär ausgegeben Milliarden – gerade erst haben der Deutsche Bundestag und der Bundesrat das 100 Milliarden Euro schwere Sondervermögen für die Bundeswehr beschlossen – viel dringender im sozialen Bereich, z. B. in der Bildung und im Gesundheitswesen benötigt würden. »Dieser Milliarden verschlingenden Militarisierung das Label »sozial« anzuheften, bildet eine bemerkenswerte Schönfärberei und Verbalkosmetik«, kommentiert unser Geschäftsstellenleiter Thomas Tews.

Zudem nahmen in den geregelten Freiwilligendiensten im In- und Ausland im Zeitraum 2020/2021 trotz Corona insgesamt 97.459 Menschen teil, davon 53.331 im Freiwilligen Sozialen Jahr (FSJ), 28.164 im Bundesfreiwilligendienst (BFD) und 3.170 im Freiwilligen Ökologischen Jahr (FÖJ). Vor dem Hintergrund dieser Zahlen erscheint Steinmeiers rhetorische Frage, »ob es unserem Land nicht guttun würde, wenn sich Frauen und Männer für einen gewissen Zeitraum in den Dienst der Gesellschaft stellen«, obsolet, denn dies geschieht bereits in großem Umfang, wie der Erfolg der Freiwilligendienste zeigt. »Sollte nun den auf eigeninitiativem Engagement basierenden, rein zivilen Freiwilligendiensten durch eine auf staatlichem Zwang beruhende, zivil-militärische »soziale Pflichtzeit« das Wasser abgegraben werden, würde dies wohl das Ende des Erfolgsmodells der Freiwilligendienste bedeuten«, befürchtet Thomas Tews.

Wenn Steinmeier als Vorzüge einer »sozialen Pflichtzeit« nennt, »raus aus der eigenen Blase« zu kommen und »ganz andere Menschen« zu treffen, wirkt dies reichlich paternalistisch, zumal gegenüber einer jungen Generation, die zum Teil sehr engagiert gegen den Klimawandel, unter dem insbesondere sie zu leiden haben wird, kämpft. Den Angehörigen dieser in eine schwierige Zukunft blickenden Generation nun eine bestimmte Zeitspanne ihres Lebens ihrer Selbstbestimmung zu entreißen und sie zu einer »sozialen Pflichtzeit« zu zwingen, stellt einen kaum zu rechtfertigenden Eingriff in ihre Grundrechte dar. Nach Artikel 12 Absatz 2 des Grundgesetzes darf niemand »zu einer bestimmten Arbeit gezwungen werden, außer im Rahmen einer herkömmlichen allgemeinen, für alle gleichen öffentlichen Dienstleistungspflicht«. »Herkömmlich« ist die Pflicht nur dann, wenn sie bereits üblich ist (z. B. Feuerwehrpflichten oder Deichdienste an den Meeresküsten), d. h. es dürfen keine neuen Dienstpflichten eingeführt werden. Für die Einführung einer »sozialen Pflichtzeit« müsste also erst das Grundgesetz mit jeweils einer Mehrheit von zwei Dritteln in Bundestag und Bundesrat geändert und das vor Arbeitszwang schützende Grundrecht weiter eingeschränkt werden.

Zuletzt sei auf die problematischen historischen »Vorbilder« für eine allgemeine Dienstpflicht in Deutschland hingewiesen. Die Nationalsozialisten führten 1935 für Männer und 1939 auch für Frauen die Reichsarbeitsdienstpflicht sowie 1938 für Frauen das Pflichtjahr in Land- und Hauswirtschaft ein. Als bewusste Abkehr von dem nationalsozialistischen Unrechtsstaat formulierten die Mütter und Väter des Grundgesetzes in den Artikeln 1 bis 19 die Grundrechte als Abwehrrechte der Bürger*innen gegen staatliche Eingriffe sowie zum Schutze und zur Garantie ihrer Freiheit. »Diese Freiheitsrechte sollten wir nicht zugunsten einer allgemeinen Dienstpflicht einschränken«, so Thomas Tews.

Deutsche Friedensgesellschaft – Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen e.V. (DFG-VK)
Landesverband Baden-Württemberg
Thomas Tews

15.6.2022

Kommentar von Willi Rester,
Gruppe Oberpfalz:

Soziale Pflichtzeit – alter Wein in neuen Schläuchen

Auch wenn Bundespräsident Steinmeier seinen Vorschlag in wohlklingende Fragen verpackt – es ist ein alter Stiefel, vielfach vorgebracht und immer wieder aus gutem Grund verworfen. Zwar ist seine Intention ehrbar und nachvollziehbar. Aber eben genauso realitätsfern.

Den Gewinn an Sozialkompetenz wird ein*e Jede*r bestätigen, der/die sich freiwillig engagiert – egal ob in einem Freiwilligenjahr, dem Bundesfreiwilligendienst oder in einem Verein. Und auch unabhängig vom Alter oder Berufsstand. Aber diese Leute sind allesamt freiwillig, interessensteigert in ihrem Engagement tätig. Aus freien Willen halten sie die Gesellschaft am Laufen, wie es bezahlte Diensten nicht möglich wäre. Wer unwillig ist, wird sich auch mit Pflicht nicht zwangsbeglücken lassen.

Herr Steinmeier war schon politisch aktiv, als der Zivildienst in seinen letzten Zügen lag und sollte deshalb dessen Negativercheinungen kennen.

Damals verzichtete ein erheblicher Teil der Zivildienststellen auf den weiteren Einsatz von Zivis. Zu groß der Aufwand der Ausbildung für die kurze Einsatzzeit. Die Verdrängung von tariflicher Arbeit durch Billigheimer. Motivationslose Zwangsarbeiter schädigten die Arbeitsmoral ganzer Belegschaften. Und, und, und...

Das Bundesverfassungsgericht urteilte damals über die Wehrpflicht (sinngemäß), »ein staatlicher Eingriff in die Grundrechte junger Männer (Art. 12 GG, freie Berufswahl) kann nur dann gerechtfertigt werden, wenn die zu leistende Dienstleistungspflicht sonst nicht zu erfüllen wäre.« Dies ist bei allen diskutierten Modellen einer sozialen Pflichtzeit nicht der Fall.

Neben allen bürokratischen Aufwand wäre auch zu diskutieren, warum nur die Jugendlichen zwangsverpflichtet werden sollen, der FFF-Proll und der karrieregeile Yuppie dagegen sich ihrem Vergnügen hingeben können. Wie werden die Konfi-Mitarbeiterin und der Auszubildendenvertreter bewertet, die wegen der Sinnhaftigkeit ihrer ehrenamtlichen Arbeit diese sowieso freiwillig in der Kirche, Verein oder Verband tun?

Insgesamt entspricht der Vorschlag der Hilflosigkeit alt gewordener Funktionäre, die nicht mehr wissen, wie sie Jugendliche für ihre Vorstellungen ehrenamtliches Engagement gewinnen sollen.

Rester Willi, 93142 Maxhütte-Haidhof

Dienstplicht Fortsetzung

Die Debatte über eine allgemeine Dienstpflicht soll wohl auch dazu dienen, die Wiedereinführung der Wehrpflicht ins Gespräch zu bringen und deren Akzeptanz in der Gesellschaft zu testen. Dazu eine aktuelle Meldung:

„In der Trendstudie „Jugend in Deutschland“ von Simon Schnetzer und Klaus Hurrelmann von Anfang Mai (2022) sprechen sich 43 Prozent der befragten Jugendlichen für die Erhöhung der Militärausgaben und nur 37 Prozent für Waffenlieferungen an die Ukraine aus. Nur vier Prozent der unter 18jährigen können sich vorstellen, sich nach der Schule bei der Bundeswehr zu bewerben.“ (nach: Junge Welt, 6.7.2022)

Sollte die Bundesregierung planen, zusätzlich zum 100-Milliarden-Aufrüstungspaket, auch die Zahl der Soldaten der Bundeswehr erhöhen zu wollen, dürfte diese weiterhin massive Probleme haben, genügend freiwillige BewerberInnen zu finden.

Dazu in der TAZ vom 26.6.2022

(Jost Maurin, online: <https://taz.de/Pazifismus-und-der-Ukraine-Krieg/!5858603/>);

Seit dem Ukrainekrieg wollen aber auch vermehrt SoldatInnen aus dem Dienst entlassen werden. Von Januar bis Anfang Juni hat das Bundesamt für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben nach eigenen Angaben 533 Anträge auf Kriegsdienstverweigerung erhalten. Das sind mehr als doppelt so viele wie im Jahr zuvor. 528 sind demnach aktive SoldatInnen oder ReservistInnen, 5 ungediente AntragstellerInnen. Die VerweigerInnen begründeten ihre Anträge häufig damit, „dass sie mit einer kriegserischen Auseinandersetzung nicht gerechnet hätten“, sagt ein Sprecher des Bundesfamilienministeriums.

Wir informieren über das Verfahren zur Verweigerung für SoldatInnen und ReservistInnen:

<https://dfg-vk-bayern.de/wp-content/uploads/2022/07/220527-Flug-Reservistenverweigerung-NEU.pdf>

Die Realität und Grausamkeit des Krieges, die jetzt in den Medien gesehen werden kann (und in den modernen sozialen Medien auch mal ungeschminkt und und realistisch), ist keine Werbung für den Beruf des Soldaten.

Standortbestimmung

Ein Streitgespräch über den Vorwurf, dass es nationalistische, antiamerikanische und antisemitische Strömungen in der DFG-VK und der Friedensbewegung gäbe, fand am 4.12. 2021 statt. Wegen der Corona-Situation als Videokonferenz.

Hier findet sich die Abschrift der Diskussionsbeiträge:

www.h-m-v-bildungswerk.de/pdf/Standortbestimmung-Einladung-Abschriften-Anh%C3%A4nge-11-5-22.pdf

Die Diskutant*innen waren: Hauke Thoro (antimilitaristische Aktion Berlin, jetzt im BundessprecherInnenkreis), Joachim Schramm (Geschäftsführer der DFG-VK NRW), Thomas Rödl (Sprecher und Geschäftsführer LVBayern), Cornelia Mannewitz (Rostock, Ex- Bundessprecherin), Moderation: David Scheuing

Die Begriffe sind im Raum, sie sind unbequem, manche schmerzen sie, aber sie lassen sich nicht einfach ignorieren: innerhalb der Friedensbewegung und im Spezifischen in der DFG-VK gibt es informelle Auseinandersetzungen über die genannten Begriffe. Auslöser war z.B. eine Rezension über Martin Niemöller und eine pauschale Diffamierung der Corona-Maßnahmen-KritikerInnen.

Es gibt Stimmen in der DFG-VK, die anti-amerikanische Stimmungen, strukturellen Antisemitismus und auch „rechtsoffene“ Positionen entdecken und kritisieren. Weder die Kritik noch die Einwände dagegen sind leicht auf eine Position, Meinung oder Thema eingegrenzt. Vielmehr bietet sich aktuell eine vielstimmige Auseinandersetzung.

Insgesamt stellen sich dabei die Fragen, wie zum einen (1) diese Kritiken gemeinsam evaluiert und thematisiert werden (können), (2) welche Konsequenzen daraus für das eigene Handeln, das kollektive Handeln und die programmatische Positionierung der DFG-VK gezogen werden

Zum Konzept der sozialen Verteidigung

Eine Zuschrift (Vgl. S. 1, 3, 14, 15)

Liebe Friedenfreund*innen, als ziemlich junges Mitglied der Bewegung (bin erst seit ca. 5 Jahren dabei) stehe ich zwar der aktuellen Aufrüstung und der Glorifizierung von Krieg von Anfang an sehr kritisch gegenüber, sehe aber gleichzeitig Waffenlieferungen an die Ukraine als „Notlösung“ (nicht vergleichbar mit Deutschlands regulären Exporten an z.B. Ägypten, die ich komplett ablehne). Ich denke, das geht einigen Menschen gerade so und um diese zu erreichen, fände ich eine Verbreitung des Konzepts der sozialen Verteidigung wichtig. Das könnte ein alternativer Vorschlag zu Waffenexporten an die Ukraine sein, der bisher in der Diskussion wenig angesprochen wird. „Kriegshandlungen einstellen“, „Waffenlieferungen verlängern Krieg“, „aufgeben“, „verhandeln“ kann man alles in die Ecke „naiver Pazifismus“ schieben.

Wenn Sprecher*innen des Pazifismus und der Antimilitär-Bewegung solche als „naiv“ abstempelbaren Äußerungen vermeiden und z.B. gar nicht auf ihre Position zu NATO / Waffenexporten / „zum Krieg gehören zwei“ etc. eingehen, sondern sich auf die Verbreitung erfolgreicher Beispiele sozialer Verteidigung konzentrieren, würde das vermutlich mehr Menschen erreichen und mehr zur aktuellen Diskussion beitragen.

(müssten) und (3) wie der Gefahr einer abnehmenden Diskussionsbereitschaft zwischen den Positionen begegnet werden könnte.

Die Abschrift zeigt dass das nicht gelungen ist und wirft ein Schlaglicht auf kräftezehrende interne Debatten einer Friedensorganisation.

<https://www.youtube.com/watch?v=qZm0YZwrlCM>



Demo gegen Exporte von Kleinwaffen

Waffenausstellung Enforce Tac in Nürnberg am 5. März

Mit Beteiligung der IPPNW-Gruppe Nürnberg-Fürth sowie der DFG-VK Gruppen Nordschwaben, Erlangen, Nürnberg und unseres Bundesgeschäftsführers Michael haben wir gegen den Export von Kleinwaffen demonstriert.

Schon Adolf Hitler hat die Rüstungsausgaben drastisch erhöht, um den geplanten Krieg zu gewinnen. Hat er ihn dann gewonnen?

Als Blickfang war der imaginäre „Tatort Waffenhandel“ aufgebaut, der die weltweiten tödlichen Folgen von Kleinwaffen, vor allem für die Zivilbevölkerung, symbolisiert.

Damit werden zwei Drittel der Menschen in Kriegen oder bei Menschenrechtsverletzungen getötet. Weitere Informationen dazu auch auf der Seite der Kampagne Aktion Aufschrei: Stoppt den Waffenhandel

(von Werner Mesnaric, Gruppe Erlangen)

Demo Ramstein „Tanz der Toten“

Vom 19.-26. Juni fand die Aktionswoche der Stopp Air Base Ramstein Kampagne statt. Eine Aktionswoche mit Friedenscamp (Friedenswerkstatt, Abendveranstaltung, Fahrradsternfahrt) und der Demonstration „Tanz der Toten“ am 25. Juni. 3 Würzburger Mitglieder der DFG-VK und Attac fuhren zur Demo „Tanz der Toten“ am 25. Juni nach Ramstein.

Die Demo startete am Friedenscamp mit c.a. 200 Teilnehmer*Innen ein. Es kamen stets weitere Menschen hinzu und bei der Abschlusskundgebung standen zwischen 600 und 700 Menschen vor der Bühne. Kreative Ausdrucksformen in Wort und Bild (Plakate), Musik und Darstellungen fanden statt.

Eine darstellende Persiflage wurde auf der Bühne aufgeführt. In der Hauptrolle der Tod, der sich bei seinen irdischen Handlangern bedankt. Barak Obama, Angela Merkel, Wladimir Putin, Olaf Scholz, Annalena Baerbock, Marie-Agnes Strack-Zimmermann und ein kriegspropagierender Journalist kamen zu Wort und rechtfertigten auf zynische Art und Weise ihr kriegerisches Ansinnen.

Die Rede von Eugen Drewermann, Pazifist, Theologe und Schriftsteller war inhaltlich und faktisch stimmig, vielseitig argumentierend und zugleich menschlich ergreifend. Informationen über diverse militärische Aufrüstungsprogramme, Hintergründe und Auswirkung von Kriegen. Die kriegsführende und -treibende Rolle der USA und Deutschland kam zur Sprache. Als Konsequenz die Abrüstung. Verurteilt hat er NATO-Kriege, den russische Angriffskrieg und Eingriffe auf Medienfreiheit in Ost und West. Drewermann verwies auf Julian Assange.

Weitere Infos und Redebeitrag (Video) von Eugen Drewermann:

<https://www.stoppamramstein.de/aktionswoche-2022-2>

Fotos, Video und Audio (E. Drewermann): <https://wuerzburg.dfg-vk.de>

Die Konzeption eines mehrtägigen Friedenscamp mit abschließender Demo finde ich gut und übertragbar für Friedensveranstaltungen mit Begegnungscharakter. Das Konzept ist nicht neu. Ich denke auch, dass solch eine Veranstaltung nicht die Massen der Menschen erreichen kann. Das ist organisatorisch nicht machbar. Mit Kreativ- und Bildungsangebot, Fahrradtour und Demo werden Menschen angesprochen, die auf unterschiedliche Art und Weise sich gegen den Krieg einsetzen und sich ausdrücken. Ein Austausch kann stattfinden. Wichtig halte ich es, dass auf friedenspolitische und gewaltfreie Ziele hingearbeitet wird: Wie Kriege und Konflikte gelöst werden können und was Friedensbewegte tun können für den Frieden.





Soziale Verteidigung: Ohne Waffen – aber nicht wehrlos!



Was bedeutet Soziale Verteidigung – und was hat sie mit dem Krieg in der Ukraine zu tun?

1. Was hat Soziale Verteidigung mit dem Ukraine-Krieg zu tun?

Der Kontrast zwischen den Schicksalen der ukrainischen Städte Cherson und Mariupol zeigt, warum Soziale Verteidigung in der Ukraine relevant ist.

Cherson ist nach Mariupol die zweitgrößte ukrainische Stadt, die von russischen Truppen erobert wurde. Mariupol war über Monate militärisch umkämpft und wurde in großen Teilen dem Erdboden gleichgemacht. Ukrainischen Schätzungen zufolge starben dort zehntausende Zivilisten. Cherson hingegen wurde innerhalb von wenigen Tagen am 2. März eingenommen. Cherson wurde nicht flächendeckend zerstört. Obwohl auch dort die Zivilbevölkerung der Gewalt des russischen Militärs ausgesetzt ist, wird dort bisher von einigen hundert getöteten ukrainischen Soldaten und Zivilisten ausgegangen – nicht zehntausenden.

Während annähernd die Hälfte der Bevölkerung fliehen konnte, bedienen sich verbliebene Einwohner Chersons der Methoden der Sozialen Verteidigung, beispielsweise in Form von Demonstrationen gegen die russische Besatzung. Auch aufgrund des zivilen Widerstandes gelang es der russischen Okkupation erst Ende April, einen russischen Bürgermeister zu installieren.

Das Schicksal Chersons ist ungewiss, besonders da die ukrainische Regierung plant, die Stadt militärisch zurückzuerobern. Bisher besteht jedoch zumindest noch die Chance, dass geflüchtete Bewohner zurückkehren können und Cherson in Zukunft wieder zu einer lebenswerten Stadt wird. In Mariupol besteht diese Chance für lange Zeit wohl leider nicht mehr.

Ob dieses Beispiel der Sozialen Verteidigung als Erfolg gewertet werden kann ist fraglich. Die russische Besatzung ist immer noch vor Ort. Doch zumindest zeigt das Beispiel, dass Soziale Verteidigung (und der Verzicht auf militärische Verteidigung) das Leben und die Lebensgrundlage der Menschen bewahren können.

2. Was ist Soziale Verteidigung eigentlich?

Soziale Verteidigung ist die Strategie des aktiven gewaltfreien Widerstands gegen einen bewaffneten Angriff oder Staatsstreich. Die Soziale Verteidigung bedient sich der Methoden der gewaltfreien Aktion, des zivilen Widerstandes und der Nicht-Zusammenarbeit.

3. Wie funktioniert Soziale Verteidigung?

Bei der Sozialen Verteidigung ist das Ziel die Verteidigung des Lebens, der Lebensgrundlage und der spezifischen Lebensform – also bestimmte soziale, wirtschaftliche und politische Verhältnisse – der Menschen.

Grenzen können gewaltfrei nicht gegen bewaffnete Armeen verteidigt werden. Der erste Schritt der sozialen Verteidigung ist also die Konfliktprävention durch Verhandlungen und Interessenausgleich.

Falls das nicht gelingt, lässt die Soziale Verteidigung unter Umständen zu, dass die territoriale Integrität durch einen Angreifer verletzt wird. Die Soziale Verteidigung wehrt sich vor allem gegen die feindliche Übernahme von Institutionen, z.B. Gesetzgebungsorgane, Massenmedien oder industrieller Produktion. Die Kontrolle solcher Institutionen ist oft kriegsentscheidend.

Bei dieser Art der Verteidigung kann die gesamte Bevölkerung teilnehmen. Sie erfolgt nicht unter Zwang, sondern freiwillig. Idealerweise wird Soziale Verteidigung über Jahre vorbereitet. Dies



Soziale Verteidigung: Ohne Waffen – aber nicht wehrlos!



funktioniert besonders dann, wenn Menschen eine aktive und positive Verbindung zu ihrer Lebensform und ihren Institutionen haben.

4. Was sind die Methoden der Sozialen Verteidigung?

Eine wichtige Stütze der Sozialen Verteidigung sind symbolische Handlungen, die der Bevölkerung zeigen, dass Mitarbeit in der Sozialen Verteidigung gesellschaftlichen Schutz bietet, während sie dem Angreifer zeigen, dass er in der Bevölkerung keinen Rückhalt findet.

Die Soziale Verteidigung verhindert die feindliche Übernahme von Institutionen durch Blockaden, dynamische Weiterarbeit oder aktive Nichtzusammenarbeit.

Durch Blockaden wird der Angreifer gehindert, Zugang zu wichtigen Institutionen zu erlangen.

Durch dynamische Weiterarbeit wird sichergestellt, dass die Bevölkerung nach wie vor mit lebensnotwendigen Gütern versorgt wird, während dem Angreifer die Chance verwehrt wird, die Weiterarbeit zu steuern.

Insofern das nicht möglich ist, bedient sich die Soziale Verteidigung der Nichtzusammenarbeit. Der Gedanke dahinter ist, dass der Angreifer auf die Mitarbeit der Bevölkerung angewiesen ist. Ohne sie gäbe es nicht genug Personal oder Knowhow, um Institutionen aufrechtzuerhalten.

5. Wozu führt die Soziale Verteidigung?

Die Soziale Verteidigung beabsichtigt, dem Angreifer durch Verhinderung seiner Kriegsziele die rationale Grundlage für den Angriff zu entziehen.

Wenn das gelingt, wird der Konflikt nicht militärisch ausgefochten, sondern durch Verhandlungen und einen Interessenausgleich beendet.

6. Wie kann Deutschland zur Sozialen Verteidigung in der Ukraine beitragen?

Die Frage, ob in der Ukraine Soziale Verteidigung angewandt wird, kann natürlich nur von der ukrainischen Bevölkerung entschieden werden. Aber Deutschland kann einen Beitrag dazu leisten, indem es mithilft, bessere Rahmenbedingungen zu schaffen.

Der unmittelbare Ansatzpunkt hierfür sind Verhandlungen Deutschlands und seiner NATO-Partner mit Russland, um darauf hinzuarbeiten, einen Interessenausgleich zu schaffen.

Ein weiterer unmittelbarer Ansatzpunkt sind zielgerichtete Sanktionen und Waffenembargos, inklusive Unterlassung von Waffenlieferungen an die Ukraine, da sie zu Tod und Zerstörung durch Waffengewalt beitragen und Ansätze der Sozialen Verteidigung behindern.

Zudem würde ein Bleiberecht für Deserteure aller Nationalitäten in Deutschland den Weg zur Kriegsdienstverweigerung ebnen und helfen, das Feld für Soziale Verteidigung zu bereiten.

Solidarität mit den Menschen in der Ukraine bedeutet, dem Krieg den Boden zu entziehen!

Wir bitten um Spenden (steuerlich absetzbar) zur Finanzierung der Friedensarbeit.

HMV-Bildungswerk der DFG-VK Bayern
IBAN: DE37 4306 0967 8217 1208 00

HerausgeberInnen: Deutsche Friedensgesellschaft-Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen, Landesverband Bayern, in Zusammenarbeit mit dem Helmut-Michael-Vogel-Bildungswerk der DFG-VK Bayern

Adresse: DFG-VK, Frauenlobstr. 24, 80337 München

E-Mail: muenchen@dfg-vk.de

Web: www.dfg-vk-bayern.de, www.h-m-v-bildungswerk.de

Impressum: Konzept, Text u. Gestaltung und v.i.S.d.P.: Julian Mühlfeiler, c/o HVM-Bildungswerk, Frauenlobstr. 24, 80337 München

Eine Bewegung für Körper und Geist:

„Auf Achse für Frieden, Abrüstung und ein ziviles Europa“



18. Friedensfahrradtour der DFG-VK Bayern von Ansbach nach Passau

6. - 12. August 2022

Unter diesem Motto stehen die Friedensfahrradtouren der DFG-VK, Landesverband Bayern. Seit 2004 führt sie alljährlich zu Standorten der Rüstungsindustrie (Airbus, Renk, Heckler und Koch...), zu Kasernen der Bundeswehr, zu Truppenübungsplätzen und anderen Militäreinrichtungen, zu Konversionsprojekten und historischen Erinnerungsstätten.

Als „Aktionsfahrradtour“ fahren die fahngeschmückten Räder nicht nur von einem Ort zum anderen, zu den genannten Rüstungsbetrieben und Militäreinrichtungen. Sie gestalten auch Informationsstände, verteilen Flugblätter oder führen kurze Mahnwachen vor Kasernentoren oder Rüstungsbetrieben durch.

Die Friedensfahrradtour wirbt für Frieden durch:

Verhandeln statt Schießen. Auch Verteidigung zerstört die Ukraine.

Sondervermögen für Klima, Pflege, Bildung. Aufrüstung nimmt Zerstörung Deutschlands in Kauf.

In Bildung und Jugend, in Gesundheit und Sozialem wird Geld dringender benötigt als für das 2%-Ziel der Nato. Lockdown für Rüstungsausgaben.

Abrüsten ist das Gebot der Stunde. Wir wollen eine eurasische Sicherheitsarchitektur mit Verhandlungen auf Augenhöhe, eine Neuauflage des INF-Vertrags mit Einbeziehung aller Atomkräfte und die Unterzeichnung des Atomwaffenverbotsvertrages.

Zivile Konfliktbearbeitung ist allemal effektiver und nachhaltiger als jeder Militärschlag. Deshalb Konversion der Bundeswehr zum zivilen Konfliktmanagement

Klimarettung ist nach einer Atombombe nicht möglich. Militär schadet der Umwelt schon bei Übungszwecken.

Zivile Produktion ist möglich. Rüstungsindustrie und Bundeswehr verschwenden Ressourcen und binden unnötig Fachkräfte.

Rüstungsexport an Kriegstreiber heißt Mitschuld. **Wer Krieg sät, erntet Flüchtlinge.**

Es gibt immer eine Alternative. Jeder Krieg ist ein Verbrechen an der Menschheit.

Dafür wirbt die Friedensfahrradtour, sie begeistert die Öffentlichkeit durch ihr Erscheinungsbild, ihren vielen kleinen Aktionen vor Ort, oft zusammen mit Lokalen Friedensinitiativen, durch die Empfänge der Friedens-Bürgermeister („Mayors for Peace“) u.a.m. Um sieben Uhr morgens die Beschäftigten von Rüstungsbetrieben mit Flugblättern zu informieren gehört genauso dazu wie abends mit Kerzenlichtern Zeichen des Friedens zu setzen. Alles bietet Anlass für viele Berichte in den lokalen Medien (Presse, Radio, z.T. lokale Fernsehstationen).

Der russische Überfall auf die Ukraine hat gezeigt, daß Konflikte sich nicht über Nacht anbahnen. Frühzeitige Bearbeitung mit Verhandlungen auf Augenhöhe sind eine Herausforderung an Politik und Diplomatie. Das Scheitern der Kriege in Afghanistan und Mali hat gezeigt, daß Militär für diese Aufgabe völlig ungeeignet ist. Militärische Verteidigung bedeutet die Zerstörung des eigenen Landes (Ukraine).

Die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung hat kein persönliches Interesse an Rüstung und Militär und hat auch keinen Vorteil davon. Sie nimmt das Friedensgebot des Grundgesetzes ebenso ernst wie die 10 Gebote und die Bergpredigt. Mit unseren Forderungen greifen wir die Grundeinstellung der Gesellschaft auf und fordern den Staat auf, mit einer Umverteilungspolitik zugunsten des Gesundheitswesens, des Sozialbereichs, zugunsten von Bildung, zur Verbesserung von Infrastruktur und nachhaltiger Energieversorgung mehr Arbeitsplätze zu schaffen und zu finanzieren als durch die Ausgaben für Militär und Rüstung je erreicht werden könnte.

Denkanstöße in dieser Richtung müssen immer wieder und immer öfter auch an die Beschäftigten vermittelt werden, damit sich diese und ihre Gewerkschaften nicht als Hilfstruppen für die Fortsetzung von unsinnigen Rüstungsprojekten instrumentalisieren lassen.

Friedenspolitik geht nicht zu Lasten der Beschäftigten. Die Soldaten/innen bei der Bekämpfung der Corona-Pandemie waren sinnvoll eingesetzt und erfolgreich, sie sollten ab sofort dauerhaft im Gesundheitswesen verbleiben. Die Rüstungsindustrie ist technisch in der Lage, nützliche zivile Güter herzustellen. Impulse für andere Produkte müssen aus den Belegschaften kommen. Die Politik muss klare Rahmenbedingungen vorgeben, z.B. eine Senkung des Rüstungshaushaltes um jährlich 5% !

Die FFT fordert die Bundesregierung zu einer aktiven, zivilen Sicherheitspolitik bei den Brandherden der Welt auf. Krisenherde der Welt müssen mit nachhaltigem Konfliktmanagement befriedet werden, weder Panzer noch Drohnen sind dazu geeignet.

Die Friedensfahrradtour, geplante Streckenführung

Ansbach - Nördlingen – Augsburg – Freising – Landshut – Deggendorf – Passau

Teilnahme an einzelnen Tage oder für die gesamte Tour möglich. Rückfragen: oberpfalz@dfg-vk.de oder erlangen@dfg-vk.de Anmeldung unter: muenchen@dfg-vk.de Telefon: 08989 623446

Bei Bedarf: Fr, 5. August (Anreise ab späten Nachmittag möglich),
Sportverein Fichte, Ansbach

Sa 6.8. Stationärer Tag in und um Ansbach
Anreise, Kennenlernen, Orga, Ablauf, Inhalte. Hiroshima-Gedenken.

So 7.8. Ansbach - Nördlingen
65 km. Übernachtung: Turnhalle

Mo 8.8. Nördlingen - Augsburg
75 km, über Donauwörth. Übernachtung Camping „Bella Augusta“

Di 9.8. Augsburg – Freising
85 km. Übernachtung Vöttinger Weiher

Mi 10.8. Freising – Landshut
45 km. Übernachtung TSV Landshut-Aulohe

Do 11.8. Landshut - Deggendorf
80 km. Übernachtung CampingDonaustrandhaus

Fr 12.8. Deggendorf - Passau
65 km Übernachtung: Camping Passau

Sa 13.8. Rückreisetag, Abschlussrunde, Abreise



Zur Einschätzung des Krieges in der Ukraine

Interview mit Noam Chomsky

Es ist sehr interessant, den Diskurs in Europa zu beobachten: „Putin ist das ultimative Böse, ein neuer Hitler, ein Geisteskranker, ein Wahnsinniger. Wir können nicht vor-aussehen, was er als nächstes tut, weil er so verrückt ist.“ Das ist die Vorstellung. Dazu gesellt sich noch eine zweite Vorstellung: „Wir müssen ihn dazu reizen, die Ukraine noch weiter zu zerstören. Wir müssen ein Experimente durchführen, ein groteskes Experiment: Indem wir uns weigern, über eine politische Lösung zu sprechen und indem wir ihm keinen Ausweg anbieten, werden wir sehen, ob er – dieser Wahnsinnige, dieser Hitlersche Geistesranke – sich dafür entscheidet, sich einfach geschlagen zu geben und leise davonzuschleichen oder ob er sich dafür entscheidet, die Macht auszuüben – die er natürlich hat – die Ukraine zu zerstören. Lasst uns dieses Experiment ausprobieren.“ Das ist Europa. [...] Was sagt uns das über die Einstellung westlicher, liberaler Intellektueller gegenüber UkraineerInnen?

Interview mit Klaus von Dohnanyi

ehemaliger SPD-Bundesminister und langjährigen Hamburger Bürgermeister, durch die Deutsche Welle, ein faires Interview in einem seriösen Sender. (Juni 2022)

Aus dem Ankündigungstext:

Vom Begriff der „Wertegemeinschaft des Westens“ hält Klaus von Dohnanyi nicht viel. Den Krieg in der Ukraine sieht der ehemalige SPD-Minister als Stellvertreterkrieg zwischen Russland und den USA und fordert, Europa solle sich stärker auf sich selbst besinnen und verstehen lernen, dass die USA ganz andere Interessen haben als Europa. Nur so sei man hierzulande gerüstet für die auch von Bundeskanzler Olaf Scholz beschworene Zeitenwende. All diese Gedanken hat von Dohnanyi, inzwischen 93, verpackt in sein Buch

„Nationale Interessen: Orientierung für deutsche und europäische Politik in Zeiten globaler Umbrüche“, das kurz vor Beginn des Ukraine-Krieges erschienen ist und seitdem immer wieder für Kontroversen sorgt.

<https://www.youtube.com/watch?v=p0xyIPYq5bY>

Dohnanyi bei Maischberger

am 11.5.2022, 18 min, hier zu sehen: https://www.youtube.com/watch?v=5N6dNhPLP_M

„Sowohl Wladimir Putin als auch Wladimir Selenskyj beschwören jeweils den Triumph ihres Landes. Kann es noch eine diplomatische Lösung für die Beendigung dieses Krieges geben? Darüber sprach Sandra Maischberger mit dem ehemaligen SPD-Bundesminister und langjährigen Hamburger Bürgermeister Klaus von Dohnanyi.“

Der Aggressor sei ganz klar Wladimir Putin, betont Dohnanyi. Doch der Westen habe die Möglichkeit gehabt, diesen Krieg zu verhindern. Dass Putin diverse Gesprächs-

und Verhandlungsangebote mit dem Westen ausgeschlagen hat, weist Dohnanyi als falsch zurück. Vielmehr hätten es die USA strikt abgelehnt, mit dem russischen Staatschef über die NATO-Frage der Ukraine zu verhandeln. Dies sei die Kernfrage für Putin gewesen – seit mehreren Jahrzehnten. Aufgrund der gescheiterten Verhandlungen sei der Konflikt nun eskaliert. Dass Biden nicht über Putins Kernfrage verhandelt hat, bezeichnet Dohnanyi als „Sünde amerikanischer Politik“. Die einzige Chance auf Beendigung des Krieges sieht Dohnanyi in Washington: Biden müsse erklären, dass Präsident Selenskyj Recht habe, wenn er sagt, die Ukraine könne auch neutral sein. So könne eine Lösung herbeigeführt werden, bei der die Ukraine nicht geteilt wird.“

Vor welchen Aufgaben steht die Friedensbewegung?

Die Zeitschrift „FriedensForum“ des Netzwerks Friedenskooperative plant für ihre kommende Ausgabe einen inhaltlichen Schwerpunkt: „Zeitenwende“. Ich wurde angefragt, ein Statement zur im Titel zitierten Frage zu verfassen – in einem sehr begrenzten vorgegebenen Textumfang, in welchem ich den Unterschied zwischen Friedensbewegung und dem organisierten Pazifismus nicht genügend ausführen konnte. Thomas Rödl

Die neuen Aufgaben sind die gleichen wie in der Vergangenheit: Friedliche Streitbeilegung, Beachtung des Völkerrechts, Interessenausgleich, Rüstungskontrolle und allgemeine Abrüstung. Diese Konzepte waren nie handlungsleitend für Regierungspolitik, vielmehr die tradierten militaristischen Konzepte wie „starker Staat“, Abschreckung, und auch mal Krieg führen wenn's dafür steht.

Neue Bedingungen

Der Krieg ist ein Anlass für die Nach-Weltkriegs-Generation, darüber nachzudenken, wofür es sich zu sterben lohnt und was es bedeutet, einen Krieg gewonnen zu haben.

Offensichtlich sind „wir“ jetzt Kriegspartei und wollen siegen! Ziel der Politik ist nicht Frieden und Rettung von Menschenleben, sondern die Durchsetzung der politischen Ziele: Eingliederung der Ukraine in den EU- und NATO-Machtbereich, Schwächung Russlands, Vorbereitung der militärischen Rückeroberung der jetzt russischen Gebiete der Ukraine.

Politische Perspektive

Die Ukraine wird zerhackt und Europa wird wieder in 2 Machtblöcke geteilt, die Grenze wird irgendwo im Osten der Ukraine verlaufen, mit Hunderttausenden Soldaten und evtl. Hunderten taktischen Atomwaffen auf beiden Seiten. Es wird einige Jahrzehnte dauern, bis BürgerInnen und PolitikerInnen verstehen, dass friedliche Koexistenz, Rüstungskontrolle und Abrüstung keine Belohnung für Wohlverhalten sind, sondern die Verhinderung eines weiteren Krieges in unserem eigenen Interesse liegt.

Aufgaben der Friedensbewegung

Wer oder was ist die Friedensbewegung? Welche Organisationen und Strukturen sind in 10 Jahren noch handlungsfähig? Aus meinem Verständnis von Pazifismus bleibt die Forderung nach einseitiger Abrüstung, ziviler und gewaltfreier Lösung von Konflikten, das heißt auch Vorbereitung auf soziale Verteidigung, richtig und notwendig. Mit den realpolitischen Forderungen, einzelnen „vernünftigen“ Kampagnen und Aktionen gegen Einzelercheinungen des Militärsystems haben wir auch nichts erreicht.

Pazifismus muss sowohl die moralische Grundhaltung der Gewaltfreiheit als auch die daraus folgenden politischen Konzepte darstellen und vermitteln. Nur so können wir die – nach wie vor vorhandene – Antikriegshaltung in der Gesellschaft ansprechen und evtl. in einen politisch handelnden Pazifismus verwandeln.

Ein gestärkter organisierter Pazifismus kann in einer künftigen Friedensbewegung mitwirken, ohne die Werbung für die eigene Grundpositionen aufzugeben.

Jetzt herrscht Katerstimmung

Auszüge aus einem Interview mit dem österreichischen Militärexperten Dr. Markus Reisner zum Ukraine-Krieg im online Magazin profil.at. Markus Reisner ist Leiter der Forschungs- und Entwicklungsabteilung an der Theresianischen Militärakademie in Wiener Neustadt im Rang eines Oberst des Generalstabs. Seit Beginn des Krieges in der Ukraine analysiert Markus Reisner auf dem Youtube-Kanal des österreichischen Bundesheeres regelmäßig ukrainische und russische Militärtaktik. Bemerkenswert ist seine Sichtweise der EU als einer Großmacht, die expandieren will. Kürzungen und Hervorhebungen von Thomas Rödl
das ganze Interview: <https://www.profil.at/ausland/militaerexperte-reisner-zum-ukraine-krieg-jetzt-herrscht-katerstimmung/402051637>



Untertitel des Interviews:

Nach anfänglicher Solidarität zeigen sich Bruchlinien in der Frage nach der Unterstützung der Ukraine.

.....
profil: Das klingt sehr pessimistisch. Allgemein hat sich der Blick des Westens auf die Ukraine in den vergangenen Wochen geändert. Der Optimismus ist einer gewissen Kriegsmüdigkeit gewichen...

Reisner: Die Wirtschaftssanktionen haben Russland nicht so hart getroffen, wie man sich das gewünscht hat. Jetzt herrscht Katerstimmung. Glaubt man den nachrichtendienstlichen Berichten etwa der Briten, müssten die Russen morgen zusammenbrechen. Sie tun es aber nicht. Nach anfänglichem Scheitern im Angriff auf vier Fronten hat die russische Armee seit Anfang Mai in diesem Krieg die Initiative. Gleichzeitig hat sich das Narrativ vor allem in den englischsprachigen Medien geändert. Jetzt dominiert die Frage: Was bedeutet Sieg? Wie weit sind wir bereit, die Ukraine zu unterstützen? Diese Frage wird vor allem in den USA laut. Biden kritisiert den ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj mittlerweile offen – und die USA hat auch die Waffenlieferungen massiv reduziert. Sie schicken zwar jetzt noch einmal vier Mehrfachraketenwerfer-Systeme in die Ukraine, aber um wirklich etwas auszurichten, bräuchte es von diesen Systemen mindestens hundert.

profil: Die Debatte über den Krieg in der Ukraine scheidet auch in Europa die Geister. Die Gräben verlaufen entlang der Frage, ob man schnellstmöglich Frieden um jeden Preis anstreben oder besser alles tun sollte, um Putin zu schlagen. Welches Lager hat Recht?

Reisner: Weder Europa noch die NATO sind geeint, die Bruchlinien wurden schon vor Monaten sichtbar. Die Balten, die Niederlande, Polen und Großbritannien wollen, dass Russland zum Rohstofflieferanten ohne Relevanz in der Geopolitik wird. Die anderen, darunter Deutschland, Frankreich und Italien, sagen, wir brauchen einen Deal mit Moskau, denn unsere Sanktionspakete haben nicht den gewünschten Erfolg erzielt. Gleichzeitig spielt Putin mit der Reduktion der Gaslieferungen seine eigene Wirtschaftskarte aus. Unsere Sanktionen können auf lange Sicht durchaus Erfolg haben. Die Frage ist, wer zuerst in die Knie geht: Die Russen oder der Westen.

profil: Die Folgen eines Sieges Russlands dürften enorm sein. Was ist nun die richtige Seite?

Reisner: Das ist die entscheidende Frage. Wir vertreten eine demokratische Werteordnung, die Russland zum wiederholten Male verletzt. Wollen wir uns selbst treu bleiben, müssten wir zur Verteidigung dieser Werte beginnen, den Aggressor zurückzuschlagen – auch mit militärischer Gewalt. Die Alternative ist, das Risiko zu scheuen und zu akzeptieren, dass Russland uns überrumpelt hat – was Folgen für die Zukunft hätte.

Es gibt nur diese beiden Optionen: Entweder wir treten mit der Waffe in der Hand in diesen Krieg ein oder wir akzeptieren, dass sich Russland die Ukraine Stück für Stück einverleibt und möglicherweise später die baltischen Staaten angreift. Wir sind an einem Punkt angelangt, den Historiker später beschreiben werden: Ein Großreich, nämlich die demokratische EU mit der NATO im Hintergrund, ist an den Grenzen ihrer friedlichen Expansion angekommen und muss sich die Frage stellen, ob es für die weitere Expansion kämpfen will.

profil: Gibt es keinen Mittelweg? Der Westen könnte doch auch schwere Waffen liefern, die es der Ukraine ermöglichen, Russland zurückzudrängen und in Verhandlungen zu zwingen?

Reisner: Dazu ist es zu spät, das hätte man viel früher tun müssen. Will man jetzt noch maßgeblich etwas verändern, müssen Waffen in massivem Ausmaß geschickt werden. Die Russen haben den Donbass bereits operativ eingekesselt: Sie können den Zugang durch Einsatz ihrer Waffen öffnen und schließen. Sie schließen ihn nicht, weil die Ukraine laufend Soldaten und Waffen hineinschickt, die die Russen zerstören können. Sie haben die Ukrainer, wo sie sie haben wollten: in einem Kessel.

In diesem Vortrag im Youtube-Videokanal:

Schwere Waffen für die Ukraine: Heavy Metal & Rock ,n' Roll. Premiere am 17.06.2022

beleuchtet Oberst Markus Reisner die Hintergründe rund um die Lieferung von schweren Waffensystemen aus dem Westen an die Ukraine. Er deutet an, die westlichen Waffenlieferungen landen scheinbarweise im russischen (militärischen) Fleischwolf. <https://www.youtube.com/watch?v=JlIFj8AEbOY>

Die Waffen nieder! Nein zum Krieg!

Redebeitrag bei der Kundgebung
des Friedensnetzwerks
Regensburg, 04.03.2022

Liebe Kriegsgegnerinnen
und Kriegsgegner,
wovor wir vom FNWR seit Jahren gewarnt
haben ist nun eingetreten: Krieg in Europa,
mit bedrohlicher Eigendynamik und dem
Eskalationspotenzial eines Atomkrieges.
Das macht auch uns schlaflos. Aber nicht
kopfloos.

Die Eskalationsspirale zwischen NATO, Ukraine und Russland hat sich am 24. Februar 2022 nicht einfach nur weitergedreht, sondern sie hat sich lebensbedrohlich und erschreckend beschleunigt. Da sind Dämme gebrochen.

Auch in der „historischen Bundestagsdebatte“ vom 27. Februar und durch die Schnellschüsse der Bundesregierung: 100 Mrd. Sondervermögen für die Aufrüstung; 2 Prozent des BIP für Rüstungsausgaben; neue Debatte um „atomare Teilhabe“; bewaffnete Drohnen; Waffenexporte ins Kriegsgebiet „binnen Stunden“; Abkehr vom Ziel gemeinsamer Sicherheit in Europa (!); dramatische Militarisierung des politischen Denkens und Handelns (auch in der Energiepolitik). All das ist keine Friedenspolitik, sondern Öl ins Feuer! Auch Sanktionen sind Krieg, nämlich Wirtschaftskrieg, der russische Bürger:innen, Sportler, Wissenschaftler, Kulturschaffende, Rentner... in Sippenhaft nimmt, ja, auch alle Kinder und Enkel der Kriegsveteranen, die in ihrer Jugend das Leben riskiert haben, um sich und uns vom Faschismus zu befreien.

An der Spitze der nicht nur verbalen Kriegstreiberei steht in unserem Land der CDU-Chef Friedrich Merz, der die Friedensbewegung verhöhnt und mit seinem „Genug ist genug! Das Spiel ist aus!“ zum totalen Krieg gegen Russland bläst. Wir müssten über einen „Einsatz der NATO nachdenken“ so Merz.

An seiner Seite der Liebling seiner Klasse, Bundeskassenwart (....) Christian Lindner, der alles Soziale unter „Finanzierungsvorbehalt“ stellt, aber mit seinen 100-Milliarden-Sondervermögen die „schlagkräftigste Armee Europas“ schaffen will.

Flankenschutz kommt von ausgemusterten NATO-Militärröcken, die -als „Experten“ durch die Talk-Shows tingelnd- Frontverläufe kommentieren oder über „Putins Psyche“ schwadronieren und die uns verbieten wollen, von „Auf“rüstung, zu reden, so als ginge es nur um die „Aus“rüstung von Soldaten mit langen Unterhosen für den nächsten Russlandfeldzug.

Das Spitzenpersonal von SPD und Bündnisgrünen macht sich leider -geschichtsvergessen und gänzlich entwurzelt- zum

Vollstrecker dieser brandgefährlichen Politik. Zum wiederholten Mal. Von wegen „Europas erster Krieg seit über 70 Jahren“! Remember Jugoslawien in den 1990ern, -Blaupause für Putin 2022. Trotzdem beides Völkerrechtsbruch.

Die Waffen nieder!

Das ist die Forderung der Stunde! Die muss im Vordergrund stehen! Ohne Wenn und Aber! Dafür müssen wir alle auf die Straße gehen! Selbst wenn es Russlands Kriegsziel sein sollte, eine „entmilitarisierte Sicherheitszone“ zu schaffen: der Überfall auf die Ukraine ist damit nicht zu rechtfertigen. Der „russische Bär“ hat uns allen, die wir uns als Nicht-Russen gegen alle Anfeindungen immer dafür eingesetzt haben, dass zu einer europäischen Sicherheitsarchitektur natürlich auch die Achtung russischer Sicherheitsinteressen gehört- einen Bärendienst erwiesen. Statt Achtung ertet Russland noch mehr Ächtung.

Wir wissen: Auch dieser Krieg kostet! Natürlich Menschenleben. Er bringt Tod, Verletzungen, Leid, Zerstörung, neue Ströme von Flüchtenden und neuen, nachhaltigen Nationalismus Und er verpulvert allseits Milliarden, die für Bildung, Kinderhorte, Wohnungsbau, Kultur, Soziales fehlen und auch zur Lösung anderer Menschheitsprobleme sinnvoller eingesetzt wären: Klimawende, Hunger, Krankheiten...

Wir wissen auch: Die Rechnung dafür zahlen einzig und allein die einfachen, arbeitenden Menschen in der Ukraine, im Donbass, in Russland, in allen Kriegsgebieten dieser Welt- und auch bei uns. Ihnen allen und ihnen allein gehört unser Mitgefühl, unsere Sorge, unsere Solidarität. Nicht den Regierungen. Zu internationaler Kooperation aller Staaten auf diesem Planeten und auch zu einem System gemeinsamer Sicherheit gibt es keine vernünftige Alternative. Damit aber wieder Vernunft das Oberkommando in Moskau und Kiew, aber auch in Washington, London, Paris, Brüssel und Berlin übernehmen kann, müssen die Waffen schweigen.

Und nicht zuletzt wissen wir: Kriege passieren nicht einfach. In Kriege taumelt man nicht schlafwandlerisch. Kriege werden gemacht. Kriege haben Triebkräfte, Treiber und Getriebene. Auch dieser Krieg hat seinen geopolitischen Kontext und seine Vorgeschichte, ohne die er nicht zu verstehen ist. Beides zu verstehen, heißt nicht Verständnis für Krieg zu haben, sondern ist Voraussetzung für Friedenspolitik.

Was wir als FNWR mit unseren beschränkten Mitteln beitragen können ist, auch im Pulverdampf die klare Sicht auf Kriegsursachen, Interessen und Zusammenhänge zu behalten. Das werden wir auch weiterhin tun.

Was tun gegen Milliardenaufrüstung und Krieg in Europa?

100 Milliarden € will die Bundesregierung in die Aufrüstung stecken, zusätzlich zum Verteidigungshaushalt, der im Jahr 2022 auf 50,2 Mrd. € steigen wird – Ein Plus von mehr als 7 % zum Vorjahr, um die Feuerkraft der Bundeswehr zu verdoppeln. Das Vernichtungspotential und die Ressourcenverschwendung dient wie auch die geplante Anschaffung von F35-Kampffjets, die Modernisierung der US-Atomwaffen, die militärische Integration der Ukraine in die NATO-Strukturen und die Installation des US-Hyperschallwaffensystem „Dark Eagle“ in Europa dem Ausbau der militärischen Stärke gegenüber China und Russland.

Referent: Lühr Henken (Bild unten), Sprecher des Bundesausschusses Friedensratschlag. Er spricht zu den aktuellen Aufgaben der Friedensbewegung in Deutschland vor dem Hintergrund des Ukraine-Krieges und der Konfrontationspolitik der westlichen Staaten in NATO, G7 und EU.

Etwa 50 TeilnehmerInnen waren am 14.6. in München im eine-Welt-Haus versammelt (die live-Übertragung hat leider nicht funktioniert) Das HMV-Bildungswerk war Mitveranstalter (zus. mit Münchner Friedensbündnis und DKP München)

Manuskript des faktenreichen Vortrags:
<http://www.h-m-v-bildungswerk.de/pdf/Ref-L%C3%BChr-Henken-14-6-22-Mue-100Mrd.pdf>
Video- Aufzeichnung des Vortrags: <https://youtu.be/uw7mKk85KwA>

